

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2010



Kuba: Entlassung ins Exil

Aufarbeitung in der Mongolei

Die SED und ihre Staatssicherheit

Aktuell

- 3 StUG-Novelle vorgesehen
Erinnerung an Maueropfer
Todernst
Auszeichnungen
Geschichtsklitterung
Dokumentiert

Recht

- 4 „Sachfremde Zwecke“
Renten-Schock
Suchanzeige

International

- 5 Freiheit mit bitterem Nachgeschmack
- 6 Aufarbeitung in Ostasien

Aufarbeitung

- 8 Die SED und ihre Staatssicherheit, Teil I

Berichte

- 10 Gewebte DDR-Propaganda
- 11 Tod in Bulgarien
- 12 UOKG-Wanderausstellung
Umzug in Rekordzeit
Marienetta-Jirkowsky-Platz
- 13 Deutsche Geschichte in Großauflage
„Den Feinden die Faust“
Hoheneckerinnen

Verbände

- 14 UOKG-Kongreß: 20 Jahre Aufarbeitung
- 15 Eigenes Gedenken
Bundesverdienstkreuz
Johan Viktor Bausch
Suchanzeigen

Service/Bücher

- 16 György Dalos: Endspiel des Systems
- 17 „Und plötzlich waren wir Verbrecher“
Wichtige Fragen
- 18 „Im Sieg verloren“
- 19 Elektronischer Kampf

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig. Von 1950 bis 1989 Sitz der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, wurde das Gebäude im Zuge der Montagsdemonstrationen während der Friedlichen Revolution am 4. Dezember 1989 von Demonstranten besetzt. Am 31. August 1990 gründete das Bürgerkomitee Leipzig dort ein Museum und betreibt es seither. Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, Tel. (0341) 961 24 43, E-Mail mail@runde-ecke-leipzig.de, geöffnet montags bis sonntags 10.00 bis 18.00 Uhr.

Foto: Appaloosa

Gedenktag mit Aktionen

13. August – Gegen Verklärung, für Aufklärung

Von Karl Hafen

Der 13. August – Jahrestag des Baus der Mauer in Berlin – war für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) immer ein besonderer Tag des Erinnerns und Mahnens. Seit ihrer Gründung im April 1972 gehörte zu den jährlichen Aktionen eine Mahnwache vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, an denen manchmal nur zehn, manchmal aber auch über tausend Mitglieder und Freunde teilnahmen. Das Gelände entlang der stark befahrenen B9 mit dem Bahndamm dahinter bot eine ideale Demonstrationsfläche; auf mehreren hundert Metern konnten Transparente und Plakate aufgestellt werden, um auf die anhaltende Mißachtung der Menschenrechte in der DDR, auf viele Einzelschicksale aufmerksam zu machen und zu versuchen, eine Petition zu übergeben. Zumeist erfolglos - mit dem Verweis auf den Briefkasten durch den Hausmeister. Am 13. August, das wußten auch die Mitarbeiter dieser Vertretung, war es tunlichst geraten, das Gebäude nicht zu verlassen, wollte man nicht direkt angesprochen oder ausgebuht werden. Allerdings brauchte die Vertretung an diesem Tag wahrscheinlich auch alle Mitarbeiter, um sowohl unverhohlen als auch aus dem Schatten zugezogener Vorhänge heraus die Demonstranten und ihre Anliegen zu filmen und systematisch und einzeln zu fotografieren.

Seit dem Zusammenbruch der DDR hat die Vertretung ausgedient, aber der 13. August bleibt für die IGFM-Mitglieder, die sich jahrelang vom Westen aus für die Achtung der Menschenrechte in der DDR eingesetzt hatten - Transparente zeigten, Flugblätter verteilten und Unterschriften für die Freilassung politischer Gefangener sammelten -, ein besonderer Tag der Erinnerung und der Mahnung gegen Verklärung und für Aufklärung. Etwa 20 000 Einzelfallakten aus den Jahren 1972 bis 1990 harren noch der Digitalisierung, um sie der Nachwelt zu erhalten, darunter Akten von über 2200 politischen Gefangenen. Fotos, Berichte, Fragebögen und Dokumentationen warten auf die wissenschaftliche Auswertung und auf den Vergleich mit den Sammlungen von Informationen, die die Staatssicherheit angelegt

hat. Nicht zuletzt auch, um sie als authentische Beweise gegen die Verklärung durch jene politischen Kräfte einsetzen zu können, die die Zeit der DDR-Diktatur versuchen zu glorifizieren.

In nahezu jedem Jahr seit 1989 hat die IGFM die Bundesregierung oder die Parteien in Appellen am 13. August an die Pflicht zur schonungslosen Aufklärung gemahnt - mit Tausenden von Unterschriften durchaus erfolgreich. Was allerdings die konsequente Enttarnung ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit und IMs sowie die Aufarbeitung im Westen angeht, fehlt immer noch der politische Wille.

Mit unserem diesjährigen Appell fordern wir die Entfristung der Antragstellung auf Rehabilitation und Entschädigung, die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung bei der Opferrente, die Umkehr der Beweislast bei der Anerkennung von Haftschäden, die Aufnahme von Zersetzungsoffern, unter bestimmten Bedingungen, in den Kreis der Anspruchsberechtigten der Opferrente und – gerade für den Westen interessant – eine generelle Schulung der Mitarbeitern von Versorgungsämtern.

Der an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gerichtete Appell wurde gemeinsam mit einem Aufruf gegen die Steinigung im Iran verschickt und auch an unsere Mitglieder und Freunde gesandt. Auffällig und durchaus erstaunlich die Reaktion der Empfänger: Von gut 1000 Unterzeichnern haben fast 100 mehr ihre Unterschrift unter den Appell zur Aufarbeitung der Folgen der DDR-Diktatur gesetzt, darunter viele junge Leute. Natürlich erhielten wir auch zahlreiche Ergänzungsvorschläge für die Liste unserer Forderungen. Wir werden sie als Anregungen für Aktionen im kommenden Jahr zu nutzen wissen.

(Der Autor ist Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM.)

StUG-Novelle vorgesehen

(mz-st) Noch in diesem Jahr will die Regierungskoalition das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ändern, damit Regelüberprüfungen im öffentlichen Dienst auf frühere Stasi-Mitarbeit bis 2019 möglich bleiben; in der aktuellen Fassung sind sie nur noch bis 2011 erlaubt. Der Entwurf einer Novelle des StUG liegt bereits vor und soll im Herbst dieses Jahres in den Bundestag eingebracht werden. Die Änderung des Gesetzes soll nicht nur fristverlängernd wirken, sondern den inzwischen schon eingeschränkten Personenkreis wieder ausweiten auf Beamte und Angestellte in leitenden Funktionen bzw. in vergleichbaren verantwortungsvollen Tätigkeiten.

Nach Angaben des FDP-Berichterstatters im zuständigen Bundestagsausschuß für Kultur und Medien, Reiner Deutschmann, will die Koalition außerdem eine Untersuchung in Auftrag geben, um herauszufinden, welche Bundestagsabgeordneten zwischen 1949 und 1990 für die DDR-Staatssicherheit tätig waren und welche Beschlüsse des Bundestages dadurch möglicherweise beeinflusst wurden.

Erinnerung an Maueropfer

(sist) Am 13. August dieses Jahres wurde in Berlin eine Straße nach dem Maueropfer Chris Gueffroy benannt, der als letzter Flüchtling durch Todesschüsse ums Leben kam. Die Britzer Allee im Ortsteil Baum-schulenburg trägt nun den Namen „Chris-Gueffroy-Allee“. Dieser Straßenabschnitt liegt weit von der Stelle, an der am Abend des 5. Februar 1989 der damals 20-jährige Flüchtling beim Übersteigen des letzten Grenzzaunes von Angehörigen der DDR-Grenztruppen erschossen wurde.

In Hohen-Neuendorf nördlich Berlins wurde am 49. Jahrestag des Mauerbaus mit der Umbenennung eines Platzes an die ebenfalls bei einem Fluchtversuch getötete Marienetta Jirkowsky erinnert (siehe auch S. 12).

Das Zitat

Die Politik ist eine Bühne, auf der die Souffleure manchmal lauter sprechen als die Darsteller.

Ignazio Silone

Todernst

(st) Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hat sich dafür ausgesprochen, die inzwischen als Modekult vermarkteten SED-Symbole des DDR-Unrechtsstaates zu verbieten. „Die DDR war weder lustig noch Kult – sie war im wahrsten Sinne des Wortes todernst“, schrieb der Abgeordnete an Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Nicht zuletzt, um die Opfer des SED-Regimes vor Verhöhnung und Verletzung zu schützen, müsse für kommunistische Symbole eine ähnliche Regelung gefunden werden wie jene, die Verherrlichung des Nationalsozialismus unter Strafe stelle. Die UOKG hat mit einem Schreiben an die Justizministerin diese Initiative unterstützt.

Auszeichnungen

(st) Am 3. September 2010 zeichnete der polnische Staatspräsident Komorowski elf Deutsche mit der Dankbarkeitsmedaille des Europäischen Zentrums Solidarność für ihre Unterstützung Polens im Kampf um die Freiheit aus, darunter die Bürgerrechtler Roland Jahn, Wolfgang Templin und Ludwig Mehlhorn, aber auch Journalisten und Publizisten wie Helga Hirsch und Wolfgang Stock.

Für ihren Roman „Weggesperrt“, der die DDR-Jugendwerkhöfe thematisiert, erhält Grit Poppe in diesem Jahr den Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher, den die NRW-Landesregierung vergibt. Mit dieser Auszeichnung werden Bücher gewürdigt, die Kinder und Jugendliche ermutigen, sich für Zivilcourage und Toleranz einzusetzen.

Geschichtsklitterung

(st) Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat Äußerungen des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière zum Charakter des SED-Staates „verärgert und tief betroffen“ zur Kenntnis genommen. De Maizière begehe damit einen peinlichen Schulter-schluß mit den Geschichtsklitterern der in „Die Linke“ umbenannten SED, wenn er behaupte, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Der Dachverband könne nicht verstehen, weshalb ausgerechnet jemand, der sich zweifellos um die deutsche Einheit verdient gemacht habe, derartige Ansichten

äußere. Womöglich hole ihn aber nun seine eigene, unrühmliche DDR-Vergangenheit ein. Schließlich sei er selbst als Anwalt und Mitglied der unbedingt staatshörigen Anwaltskammer der DDR Teil des juristischen Unrechtssystems des DDR-Staates gewesen. Es stelle sich nun die Frage, ob ein „Schönredner des DDR-Unrechtsstaates“ als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V., die Initiator und Träger des geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmals ist, weiter tragbar sei.

Dokumentiert

Defizite mit Langzeitwirkung

Mit der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August vor 20 Jahren wurde der in der friedlichen Revolution 1889/90 begonnene Befreiungsprozeß der Menschen in der DDR unumkehrbar gemacht. Dieser denkwürdige Tag ist jedoch auch Anlaß zur Kritik an der Situation vieler Opfer des SED-Regimes.

Dazu erklärte Rainer Wagner, Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG:

„Der Unrechtsstaat DDR war nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und moralisch bankrott. Daher können wir, als die Stimme der Opfer des SED-Regimes, den Beitritt der neuen Länder nur begrüßen. Wegen der vierzig Jahre andauernden politischen Repression wäre eine Vereinigung unter Gleichen für uns Opfer inakzeptabel gewesen. Dennoch ist die Situation vieler SED-Opfer – unter anderem auch aufgrund von Regelungen im Einigungsvertrag – nach wie vor nicht zufriedenstellend.

Ohne die historische Bedeutung des Einigungsvertrages in Frage stellen zu wollen, fordern wir daher dringend Nachbesserungen. Besonders gravierend sind folgende Defizite:

- Die mangelhafte und teilweise ganz fehlende Entschädigung vieler Opfergruppen – z.B. Zersetzungsoffer, Zwangsausgesiedelte und die in die Sowjetunion verschleppten Frauen
- Die unzureichende juristische Aufarbeitung des SED-Unrechts – Täter wurden nicht bestraft und sitzen heute noch in Schlüsselpositionen
- Die unzureichenden Regelungen der vielen Enteignungen und Vertreibungen aus den Zeiten der SBZ und DDR
- Die Nichtanerkennung politisch motivierter Zwangsadoptionen als Systemunrecht.“

„Sachfremde Zwecke“

Eine Entscheidung des Berliner Kammergerichts zum Objekt Rüdersdorf

Die Gemeinde Rüdersdorf, ein Städtchen am östlichen Berliner Autobahnring, war in den späten sechziger Jahren Schauplatz eines grausamen Experiments. Hier errichtete der Ost-Berliner Magistrat im Jahre 1966 das „Objekt Rüdersdorf“ als Instrument zur politischen Maßregelung von Jugendlichen, die nicht in das von der Staatsführung propagierte Bild paßten.

Rüdersdorf hatte alle Merkmale eines Arbeitslagers. Es wurde bewacht von bewaffneten Volkspolizisten, die Jugendlichen hatten schwere Zwangsarbeit im Steinbruch des Kalk- und Zementwerks Rüdersdorf zu leisten, und es gab ein ausgeklügeltes System an Strafmaßnahmen und Schikanen.

In das Lager wurden Jugendliche eingeliefert, die nach Auffassung der Behörden einer „westlichen Lebensweise“ anhängen. Zumeist wurden die Jugendlichen von der Straße weg verhaftet und ohne Gerichtsverhandlung in das Lager verbracht. Im Jahr 1969 wurde das Lager Rüdersdorf geschlossen, nachdem sich nicht die gewünschten Erfolge eingestellt hatten.

Das Objekt Rüdersdorf war jüngst Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens,

daß vom Berliner Kammergericht am 6. August dieses Jahres letztinstanzlich zugunsten des Antragsstellers beendet wurde. Diese Entscheidung birgt Grund zur Hoffnung für alle, die zwischen 1966 und 1969 nach Rüdersdorf eingewiesen worden waren.

Der Antragssteller des Verfahrens begehrt seine Rehabilitierung wegen eines siebenwöchigen Aufenthaltes in Rüdersdorf im Jahr 1967.

Das Landgericht hatte ihm die Rehabilitierung verweigert mit der Begründung, die Einweisung habe erzieherische, also nicht politische Gründe gehabt. Auf die Art und Weise der Unterbringung ging das Gericht nicht ein. Das Kammergericht hob den Beschluß des Landgerichts auf die Beschwerde des Antragsstellers hin auf. Es erkannte eine politische Verfolgung des Antragsstellers an, sah sich deshalb jedoch nicht genötigt, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob eine Einweisung in Rüdersdorf generell zu rehabilitieren sei.

Auch wenn es das Kammergericht nicht ausdrücklich ausspricht – faktisch beantwortet es diese Frage im Sinne der Antragssteller. Es beschreibt die Zustände und die Konzeption des Lagers so aus-

föhrlich, daß Rückschlüsse auf andere Fälle durchaus erlaubt sein dürften. Es geht davon aus, daß die Unterbringung in Rüdersdorf „zumindest in vielen Fällen sachfremde Zwecke verfolgte.“ - Tatsächlich dürfte dies auf alle Fälle zutreffen. Angesichts seiner Ausführungen wird das Gericht eine Rehabilitierung in anderen Fällen kaum verweigern können.

Die Darlegung des Gerichts erinnert in weiten Strecken an jene Entscheidung des Kammergerichts, die eine Einweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau grundsätzlich für rechtsstaatswidrig erklärt hatte. Insofern ist allen, die in dem fraglichen Zeitraum in Rüdersdorf untergebracht waren, zu raten, einen Antrag auf Rehabilitierung zu stellen.

Übrigens, ganz nebenbei liefert das Kammergericht auch einen Kommentar zur Diskussion um den Charakter der DDR, die jüngst durch Aussagen des letzten DDR-Ministerpräsidenten de Maizière befeuert worden war – es bezeichnet den SED-Staat ganz unverhohlen und lapidar als „Unrechtsregime“. (Kammergericht, Beschluß vom 6. August 2010, Az: 2 WS 28/10- Reha)

Florian Kresse, Jurist, UOKG e.V.

Suchanzeige

Zeitzeugen von 1966/67 gesucht

Die DDR-Regierung brachte ab Oktober 1966 Berliner Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren in ein Arbeitslager für Jugendliche nach Rüdersdorf, wo diese dann im Tagebau oder im Zementwerk Rüdersdorf für 3 MDN pro Tag arbeiten mußten. Das Geld wurde für Verpflegung und Unterbringung einbehalten. Der Grund war angebliches „rowdyhaftes Verhalten“. Sie wurden von der Stasi unterwandert und durch IMs und Kontaktpersonen denunziert.

Die Jugendlichen wurden im Lager schlimmer als in richtigen Haftanstalten behandelt. Alle Zöglinge – so mußten sich die Insassen beim Antreten nennen – bekamen gleich zur Begrüßung eine Glatze geschoren, wie man es in den KZ-Filmen sieht. Deshalb nannten wir es auch das Kinder-KZ Rüdersdorf. Die Bewachung erfolgte durch Mitarbeiter des Mdl und ihre Hunde. Manche Eltern erfuhren erst nach der Entlassung, daß ihre Kinder dort eingesperrt waren. Rechtsmittel gab es nicht, sie waren per Gesetz ausgeschlossen.

Anträge liegen bereits seit 1990 vor, denn einige Betroffene haben schon zu dieser Zeit ihre Rehabilitierung beantragt, wurden jedoch immer wieder abgelehnt.

Deshalb suchen wir weitere Kameraden aus dieser Zeit. Bitte meldet Euch, denn es darf nicht in Vergessenheit geraten, was diese Genossen mit uns gemacht haben. Kontakt: r.buchwald@berlin.de

Rainer Buchwald

Renten-Schock

Rückwirkender Eingriff in Rechtspositionen

Die meisten derjenigen, die vor der deutschen Einheit aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt sind, erleben mit dem Eintritt ins Rentenalter eine böse Überraschung. Sie müssen feststellen, daß die Rentenhöhe niedriger ist als erwartet.

Der Hintergrund ist folgender: Alle jene, welche die DDR – sei es durch Flucht, sei es auf andere Weise - verlassen hatten, sollten in die Bundesrepublik eingegliedert werden. Teil dieser Eingliederungsmaßnahmen war es, die bisherigen Rentenbiographien der Übersiedler denjenigen der Bundesrepublik anzupassen. Man tat dies, indem man die in der DDR gezahlten Rentenbeiträge als im Westen eingezahlt fingierte. Die Übersiedler wurden also hinsichtlich der Rente den West-

bürgern gleichgestellt. Rechtsgrundlage hierfür war das Fremdrentengesetz (FRG).

Doch mit der Wiedervereinigung verloren die Übersiedler diesen Status. Mit dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) wurden die Rentenansprüche der Übersiedler stillschweigend reduziert – plötzlich fanden sie sich im Rentensystem für ehemalige DDR-Bürger wieder.

Ausführliche Informationen über dieses Thema und eine entsprechende Petition zum Runterladen und Mitzeichnen finden Sie auf der Homepage der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge – www.iedf.de. Bei Fragen können Sie Frau Christa Ladendorf, Tel (030) 50 01 98 98, kontaktieren.

Florian Kresse

Freiheit mit bitterem Nachgeschmack

Zur Entlassungsaktion politischer Gefangener in Kuba

(kh-st) Am 19. März 2003, während des sogenannten Schwarzen Frühlings in Kuba, wurde gemeinsam mit anderen Oppositionellen der heute 40jährige Journalist Normando Hernandez Gonzales verhaftet und nach dem berüchtigten „Gesetz 88“ – Journalistengesetz genannt – zu 25 Jahren wegen „Aktivitäten gegen die Unabhängigkeit und Integrität des Landes“ verurteilt. Nach Verhandlungen der kubanischen katholischen Kirche mit der Regierung Kubas sind 2010 ca. 27 politische Gefangene (Stand Mitte August) aus der Haft entlassen worden. Zu den ersten elf Bürgerrechtlern, die am 19. Juli in Madrid eintrafen, gehörte auch N.H. Gonzalez. Er übergab Martin Lessenthin, Sprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte IGFM, folgenden Brief (hier in Auszügen):

„In den ersten 101 Tagen meiner Haft war ich völlig von der Außenwelt und auch von den Mitgefangenen isoliert. Ich durfte nicht duschen und sollte die Uniform der kriminellen Gefangenen tragen. Ich zog sie nicht an, sondern lebte in Unterwäsche, so wie der von mir verehrte Arzt und Menschenrechtsverteidiger Dr. Oscar Elias Biscet. Sie ließen mich allein mit dem Ungeziefer in der Zelle und wollten meine Seele stehlen und meinen Willen brechen. Ich durfte kein Buch, keine Zeitschrift, noch nicht einmal die Bibel lesen.

Nach 101 Tagen konnte mich meine Frau Yaris zum ersten Mal besuchen. Es folgten weitere Besuche, viermal im Jahr, insgesamt 26 Besuche bis zur Entlassung vor einer Woche. Mehr war nicht erlaubt. Nach fünf Jahren Gefängnis wurde ich in meiner Zelle zweimal von einem Priester besucht. Ein dritter Besuch von einem Priester der katholischen Kirche fand im Januar dieses Jahres statt.

Ich habe im Gefängnis Schweres erleben müssen. Schlimm war es für mich zu erfahren, daß mein Kind, meine heute 8jährige Tochter, erkrankt war. Auch ihre Erkrankung, die sie bis heute nicht überwunden hat, ist eine Folge von schlechter Ernährung und der Gefängnisstrafe für ihren Vater. Meine bitteren sieben Jahre verbrachte ich nicht nur in den Kerkern von Fidel und Raul, sondern auch in ihren Hospitälern, auf bewachten Stationen, denn ich wurde systematisch

krank gemacht. Mehrfach war ich dem Tod nahe. Insgesamt bin ich siebenmal in ein Hospital eingeliefert worden, habe 39 Kilogramm meines alten Gewichtes verloren und kann bis zum heutigen Tag kein festes Essen zu mir nehmen.

Im Gefängnis ‚Kilo 5‘ von Pinar del Rio wurde ich bewußt mit Tbc-kranken Gefangenen zusammengesperrt, bis ich selbst an Tbc erkrankte. Auch mit dieser Grausamkeit wollten sie mich seelisch zerbrechen. Dann erpreßten sie mich mit der Hilfe von kriminellen Mitgefangenen, denen eingetrichtert worden war, daß ich ein Terrorist sei. Erst bedrohten sie mich. Da diese Gefangenen dafür Vergünstigungen – wie mehr oder besseres Essen, Besuche etc. – erhielten, waren die Kriminellen auch schnell bereit, Gewalt anzuwenden und mich zu schlagen. Der nächste Versuch war, mir den Schlaf zu rauben und mich so zum Aufgeben zu bringen. Ich wurde in eine Zelle verlegt, die der Zelle eines Tag und Nacht schreienden Gefangenen gegenüber lag. Schließlich wurde ich in ‚Kilo 5‘ mit einem geistig verwirrten Gewaltkriminellen in eine Zelle eingeschlossen. Es ist mir nichts geschehen.

Diese über siebenjährige Haft zu überleben war nur möglich, weil ich von der internationalen Solidarität wußte und der Liebe meiner Frau, Tochter und Mutter sicher war. Von Mitgefangenen erfuhr ich, daß die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte mich zum Ehrenmitglied ernannt hatte. Das gab mir Kraft. Ich erfuhr ebenfalls im Gefängnis von der Solidarität, die mir von ‚Mothers Against Repression‘, bei denen meine Mutter Blanca Gonzales mitarbeitet, entgegengebracht wurde, von den ‚Damen in Weiß‘, zu denen meine Frau Yaris gehört, von Studenten in Gießen, vom Pen-Club, der Gefangenenhilfsorganisation Plantados in Miami und weiteren gutmeinenden Menschen. Ich erfuhr, daß meine Mutter mit ihren Freundinnen nach Deutschland zur IGFM gereist war und daß die Politiker Arnold Vaatz und Dieter Dombrowski sowie der Herausgeber der Tageszeitung ‚Die Welt‘, Thomas Schmitt, sich für mich einsetzten. Ihnen allen gebührt mein aufrichtiger Dank. Gott sei mit ihnen!“

Unter den noch verbliebenen 150 politischen Gefangenen herrscht indes Unru-



Foto: IGFM

Normando Hernandez Gonzales nach über 7jähriger Haft.

he: Wer ist der nächste, der das Gefängnis verlassen darf? Und unter welchen Bedingungen? Sie alle waren für ihr Streben nach Freiheit und Menschenrechten zu extrem langen Haftstrafen verurteilt worden. Und jetzt sollen sie ergebnislos ihre Heimat verlassen?

Was die Medien nicht berichten, ist, daß die politischen Gefangenen nur die Alternative hatten, in Haft zu bleiben oder gemeinsam mit ihren Familien Kuba zu verlassen – ohne Erlaubnis zurückzukehren. Die meisten wurden von Spanien aufgenommen, und der spanische Außenminister läßt sich dafür seines diplomatischen Geschicks wegen rühmen. Aber auch in Spanien sollen die Bürgerrechtler nichts berichten. Systematisch erhalten sie einen Maulkorb und werden in unterschiedlichen Städten untergebracht.

In Kuba mußte die Bürgerrechtsbewegung erkennen, daß man sie durch die Ausbürgerungsaktion ihrer Führungspersönlichkeiten beraubt hat und ihre Strukturen zerstört sind; vom Mißtrauen, das dadurch entsteht, ganz zu schweigen. Die Haftentlassungen waren kein humanitärer Schritt der kubanischen Regierung, sondern eher ein Zugeständnis an Spanien, daß sich durch Aufhebung von EU-Sanktionen Markt Vorteile verspricht. Noch während die Verbannungsaktion läuft, geht in Kuba die Verfolgung von Oppositionellen und ihren Familien weiter.

Aufarbeitung in Ostasien

Auch in der Mongolei entstand vor 20 Jahren eine demokratische Bewegung gegen die kommunistische Diktatur

Von Petra Morawe

Vom 7. bis 13. Dezember 2009 weilte die Autorin auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in der Hauptstadt der Mongolei, Ulan Bator. Als ostdeutsche Zeitzeugin und Beiratsmitglied der Stiftung Berliner Mauer half sie, zwei Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zu gestalten und nahm an einer Konferenz und den anschließenden Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der mongolischen Demokratiebewegung teil. Durch Vermittlung des Leiters der Landesvertretung

der KAS, Thomas Schrapel, wurde es ihr möglich, sich auch mit Vorstandsmitgliedern des „Verbandes der Opfer der politischen Verfolgung in der Mongolei“ zu treffen.

Das „Museum zur Erinnerung an die Opfer der politischen Verfolgung“, in der Nähe des Regierungspalastes gelegen, ist in einem der wenigen erhaltenen traditionellen Holzhäuser untergebracht, dem ehemaligen Wohnhaus von Peschidin Genden, einem gemäßigten Kommunisten und bis heute verehrten Denker. Von 1932 bis 1936 war er Regierungschef der jungen Volksrepublik Mongolei. Sein Widerstand gegen die sowjetische Vorherrschaft, der Versuch, die Liquidierung der buddhistischen Mönche zu verhindern, seine Ablehnung der Stationierung sowjetischer Truppen und seine Äußerung gegenüber Stalin, daß es sich beim Verhalten der UdSSR gegenüber der Mongolei um einen „roten Imperialismus“ handle, sind bis heute legendär und im Museum lebendige Geschichte. Nach dem Treffen mit Stalin kehrte Peschidin Genden nicht zurück, erhielt in Moskau sowie auf der Krim Hausarrest und wurde im November 1937 unter dem Vorwand der Spionage erschossen. In der Mongolei wurde er in der Folge zur „Unperson“ erklärt und die Erwähnung seines Namens unter Strafe gestellt. Erst 1990 wurde er rehabilitiert. Seine Tochter errichtete 1998 in seinem ehemaligen Wohn- und Arbeitshaus das Museum.

1964 die Diktatur in der Mongolei und den Einfluß der Sowjetunion in einem Bericht kritisiert. Dadurch verlor er seine Arbeit und mußte bis zur Rente in einem wesentlich unterqualifizierten Bereich arbeiten. Herr Daschgabaa war Professor der Physik an der staatlichen Universität in Ulan Bator. Auch er hatte gemeinsam mit Kollegen in den 60er Jahren Kritik geübt und erhielt dauerhaft Berufsverbot.

Eine Museumsmitarbeiterin führte durch die Ausstellung des Museums. Es zeigt auf zwei Etagen in mehreren Räumen die Geschichte und die Opfer der politischen Verfolgung in der Mongolei seit 1921, dem Zeitpunkt der Machtübernahme der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, die als Handlanger der Sowjetunion ein Regime nach sowjetischem Muster durchsetzte. Im Erdgeschoß endet die Ausstellung mit dem original erhaltenen Arbeitszimmer von Peschidin Genden und einem Raum der Stille und der Erinnerung an alle Opfergruppen.

Vor unserem Gespräch in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung überreichte ich dem Vorstandsvorsitzenden die Grußbotschaft des Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner, wodurch die Begegnung noch stärker an Intensität gewann. Anschließend berichtete Herr Tsoigtbaatar von der Geschichte und der Arbeit des Verbandes, der nach dem Sieg der Demokratischen Bewegung vor 20 Jahren gegründet werden konnte. Sein Vater sowie die beiden anwesenden Vorstandmitglieder hatten damals die Idee, eine solche Organisation zu gründen, und sie dann 1991 umgesetzt.

Hauptziel der Gründung war es, die Würde der Opfer wieder herzustellen und politisch verfolgte sowie deren Familien zu rehabilitieren. Um dies zu erreichen, wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet. Das Gesetz trat 1997 in Kraft, damit war ein wesentliches Ziel des Verbandes erfüllt. Das Gesetz rehabilitiert politisch verfolgte und ihre Familien und ermöglicht eine einmalige Zuwendung als Entschädigung, die jedoch nur als ein Zeichen gelten kann, weil sie viel zu gering ist. Für ein getötetes bzw. durch die Verfolgung



Vor dem Museum: (v.r.) Herr Tsoigtbaatar, Herr Daschgabaa, Herr Oigobmasij und der Dolmetscher.

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Backnanger Kreiszeitung...

Man kann nicht alle lesen - aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

An der Führung durch das Museum sowie den beiden anschließenden Gesprächen nahmen der Präsident des Verfolgten-Verbandes, Dashnamjil Tsoigtbaatar, und zwei weitere Vorstandsmitglieder, Herr Oigobmasij und Herr Daschgabaa, teil. Alle drei waren auf unterschiedlichste Weise jahrzehntelang von beruflicher Verfolgung selbst betroffen oder durch ihre Angehörigen. Der Vorsitzende mußte als kleines Kind seinem Vater in die Zwangsarbeit zu einem mongolischen Salzbergwerk in einer der vielen unwirtlichen Gegenden folgen und erlitt über mehrere Jahrzehnte Familienverbannung. Sein Vater ist einer der Gründer des Verbandes. Herr Oigobmasij wurde ebenfalls Opfer einer Gruppenverfolgung. Er hatte

gestorbenes Familienmitglied erhalten die Betroffenen eine Million Tugrik, daß entspricht ca. 500 Euro.

Das Gesetz bestimmt den 10. September als einen nationalen Gedenktag der Opfer der politischen Repression, denn am 10. September 1937 hatte die Mongolische Revolutionäre Volkspartei mit den großen Säuberungen nach sowjetischem Vorbild begonnen. An diesem Tag finden jedes Jahr drei Gedenkveranstaltungen statt. An einem Berghang in der Nähe der Hauptstadt, an dem viele Menschen ermordet worden waren, wird ihrer gedacht. Ebenso an einem Hügel unweit Ulan Bators, an dem 600 buddhistische Mönche erschossen wurden. Erst 2004 war dieses Massengrab entdeckt und geöffnet worden. Nach den Gedenkveranstaltungen besuchen Vertreter der Regierung, von Parteien und staatlichen Institutionen das „Museum der Erinnerung“.

Bis 2009 hatte der Verband keine Chance, seine Anliegen und Themen in den Medien zu präsentieren, da bis zum 9. September 2009 trotz des Sieges der Demokratischen Bewegung die Mongolische Revolutionäre Partei an der Macht war. Erst nach den Wahlen des vergangenen Jahres und dem Machtwechsel ist es nun möglich, unzensuriert Interviews zu geben. Es ist immer noch schwer, die Verfolgungsgeschichten in den Medien zu kommunizieren.

Auf Druck der politischen Opfer berief die Regierung schon 1989 zwei Kommissionen, die sich mit der Aufarbeitung der Verfolgung beschäftigten. Schwierigkeiten entstanden jedoch bereits dadurch, daß die Regierungspartei noch immer dieselbe war und hauptverantwortlich für die Verfolgungen und Verbrechen. Die Sowjetunion hatte in all den Jahren stets die Taktik angewandt, die gewaltsame Umsetzung ihrer Politik von mongolischen politischen Kräften, die mit ihrer Hilfe an die Macht gekommen waren, durchführen zu lassen. So hatten sich in den Jahren von 1921 bis 1989 Mongolen an Mongolen vergangen, und jetzt sollten dieselben bzw. ihre angeblich geläuterten Nachfolger die Geschichte aufarbeiten.

Neben der Kommission wurde zur Unterstützung der Arbeit ein Forschungszentrum gegründet. An der Arbeit beider Aufarbeitungsinstitutionen waren die Mitglieder des Opferverbandes bzw. dessen Vorstandes nicht beteiligt worden. Das führte dazu, daß der Begriff der Ver-

folgung nur sehr eng gefaßt wurde und viele Formen überhaupt keine Beachtung fanden. Dadurch entstand ein verzerrtes Bild, und die ermittelte Opferzahl entsprach nicht dem historischen Geschehen. Auf wissenschaftlicher Ebene ist bis heute nicht begriffen worden, worin die politische Verfolgung bestand und wie sie sich im Laufe der Jahrzehnte wandelte. Außerdem beschäftigen sich zu wenig Historiker mit dieser geschichtlichen Epoche. So herrscht bis heute große Unkenntnis in der Bevölkerung über die politischen Verfolgungen und ihre Opfer.

Im Ergebnis der Arbeit der zwei Kommissionen wurde festgestellt, daß annähernd 34 000 Menschen seit 1921 getötet wurden. 70 Prozent der Getöteten wurden nach Strafurteilen hingerichtet und die übrigen 30 Prozent durch willkürliche Erschießungen bei Gruppentötungen. Die hauptsächlichlichen Opfergruppen waren die Intelligenz, Minderheiten und bürgerliche Menschen, die über Besitz verfügten. Vorrangig wurden aus diesen Gruppen die Männer getötet. Zur Gruppe der Intelligenz zählen die über 20 000 Mönche. Sie hatten in den Klöstern umfangreiche Bildung erhalten und wurden deshalb als intellektuelle Elite angegriffen und vernichtet.

Zur Zeit verfügt der Verband der Opfer politischer Repression nicht einmal über die finanziellen Mittel, ein Büro zu unterhalten. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß mit dem Regierungswechsel auch diese Probleme bald lösbar sind und staatliche Unterstützung für die Arbeit gewährt wird.

Ungeachtet finanzieller Schwierigkeiten hat sich der Verband umfangreiche Aufgaben gestellt. Diese reichen von der Organisation vielfältiger politischer Bildungsveranstaltungen bis zur Errichtung eines Zentrums für Menschenrechte in Ulan Bator. Der neue demokratische Präsident hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit bereits einen Erlass verabschiedet, der für den Schulunterricht die Behandlung von Menschenrechtsthemen verbindlich bestimmt. Der Verband wird sich daran mit Zeitzeugen und Veranstaltungen in den Schulen beteiligen. Außerdem gilt es, die Arbeit mit Archivmaterial zu verbessern, die bisher nicht uneingeschränkt möglich war, weil der Zugang stark begrenzt wurde. Mit Unterstützung von Archivmaterial will der Verband für eine Erweiterung des Verfolgungsbegriffs streiten.



Zu den Erfolgen des Verbandes zählt die Errichtung dieses eindrucksvollen Denkmals für die Opfer politischer Repression. Es steht vor dem Historischen Museum in Ulan Bator, seitlich des Regierungspalastes.

Bisher hat der Verband so gut wie keine Verbindungen ins Ausland. Es fehlt die Vernetzung mit den europäischen Initiativen zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktaturen. Deshalb hat er sich vorgenommen, Außenbeziehungen zu knüpfen und aufzubauen. Das Angebot der UOKG, dabei behilflich zu sein, wurde mit Freude aufgenommen. Denn der Verband hat noch große Probleme bei der Außendarstellung und Information über seine Arbeit, ebenso fehlt ihm auf der politischen Ebene die europäische Vernetzung. Um dies zu ändern und überhaupt erst einmal eine Informationsbasis zu schaffen, die international genutzt werden kann, wird demnächst eine eigene Website eingerichtet und die Publikationsarbeit verbessert. Beides soll künftig auch in Englisch zur Verfügung stehen, um die Sprachbarriere zu überwinden.

Was bedeutet schon Geld? Ein Mensch ist erfolgreich, wenn er zwischen Aufstehen und Schlafengehen das tut, was ihm gefällt.

Bob Dylan

Wenn das Lesen dieser Zeitschrift auch dazu gehört, ist eine kleine Summe schon nötig.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Der rote Faden der Geschichte

Anfang und Ende – Die SED und ihre Staatssicherheit

Von Manfred Wilke

Teil I

Präziser als Egon Krenz kann man den Staat DDR nicht charakterisieren: „Die DDR ist in gewisser Weise das Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft für seine Kinder muß man anerkennen.“ (Gespräch E. Krenz mit M. Gorbatschow am 1.11.1989 in Moskau) Das war sein Appell an Michail S. Gorbatschow im Kreml am Vorabend des Untergangs der DDR. Am gleichen Ort fand im Juni 1945 die faktische Staatsgründung statt. Josef W. Stalin beauftragte Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die KPD neu zu organisieren und in der sowjetischen Besatzungszone die Rolle einer „staatsaufbauenden Partei“ zu übernehmen. Schon 1944 berieten die wichtigsten Moskauer Kader der KPD, die 1937/38 das sowjetische Exil überlebt hatten, ihre Politik nach Hitler. Es waren Stalins deutsche Kader, die Pläne schmiedeten für ihren Weg zur Macht unter den Bedingungen der alliierten Besetzung Deutschlands. Die Teilnehmer waren identisch mit der Führungsspitze beim späteren SED-Start: Pieck, Vorsitzender der KPD, Ulbricht, späterer Generalsekretär der SED, Anton

gungen der obersten Regierungsgewalt der Vier Mächte in Deutschland; das Verhältnis zur Sowjetunion wird für die KPD zur künftigen Scheidelinie der politischen Lager in Deutschland.

- Die KPD bleibt eine marxistisch-leninistisch-stalinistische Partei; vor der Reorganisation der KPD keine sozialistische Einheitspartei mit Teilen der Sozialdemokratie.
- Die KPD wird in der SBZ „staatsaufbauende Partei“, ihr Ziel der „ungeheilten Macht“ und des Sozialismus wird nicht aufgegeben, sondern nur der gegenwärtigen Lage der alliierten Kriegskoalition angepaßt. In den westlichen Besatzungszonen kann die KPD voraussichtlich nicht mit der Unterstützung der Besatzungsmächte rechnen, die dort die Sozialdemokraten fördern werden.
- Es muß gelingen, die Ost-Orientierung Deutschlands durchzusetzen. Ohne starke KPD bleibt das Land eine Gefahr für die Sowjetunion.

Das waren die Grundpositionen der Moskauer-Kader, auf deren Basis sie in Abstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht die KPD wieder aufbauten und in der SBZ begannen, ihren separaten Staat zu errichten. Die oberste Regierungsgewalt wurde in der SBZ von der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeübt, die geheimpolizeiliche Sicherung ihrer Besatzungszone lag in den Händen jener sowjetischen Organe, die bereits Ende 1945 ein funktionierendes Netz deutscher Spitzel rekrutiert hatten.

Die Moskauer-Kader der KPD wußten, daß sie die Chance zu ihrer Revolution von oben in der SBZ dem Sieg der sowjetischen Armee über Hitler-Deutschland verdankten; trotzdem handelten sie in ihrem Selbstverständnis auch als deutsche, kommunistische Revolutionäre. Am 18.12.1948 baten die Spitzen der SED - Pieck, Ulbricht und der ehemalige Sozialdemokrat Otto Grotewohl - Stalin,

er möge ihnen gestatten, eine eigene Geheimpolizei aufzubauen. Die SED benötigte zu ihrer Machtsicherung in der SBZ ihre eigene „Tscheka“ – am Ende nannten sich die Angehörigen des MfS stolz „Tschekisten“. Unter der Leitung von Erich Mielke entstand der Vorläufer des MfS als „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“ im „Ministerium des Inneren“, sie wurde 1950 in das neu geschaffene Ministerium überführt.

Mielke hinterließ eine zutreffende Selbstbeschreibung seiner Aufgaben: „Mit dem MfS entstand ein spezielles Organ der Diktatur des Proletariats, das in der Lage ist und über alle Mittel verfügt, unter der Führung der SED ... die Arbeiter- und Bauern-Macht und die revolutionäre Entwicklung zuverlässig gegen jede konterrevolutionäre Tätigkeit äußerer und innerer Feinde der DDR zu schützen sowie die innere Sicherheit und Ordnung allseitig zu gewährleisten.“ 1975 erinnerte er an die Anfänge und daran, daß der Aufbau des SED-Staates nur mit Gewalt durchgesetzt werden konnte: „Der revolutionäre Prozess musste im harten Klassenkampf gegen Feinde durchgesetzt werden, die eine umfangreiche, gegen die DDR gerichtete subversive, konterrevolutionäre Tätigkeit entfalteten.“ (Erich Mielke: Mit hoher Verantwortung für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus, zitiert nach J. Gieseke: Die DDR-Staatsicherheit Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000) Dieses Selbstverständnis läßt sich auf zwei Kernaussagen reduzieren: 1. Das MfS ist ein Instrument der kommunistischen Partei und wird von ihr geführt, 2. der Klassenkampf zwischen den Kommunisten und ihren Feinden prägt Wahrnehmung und Ausführung des Parteauftrags zum Schutz des Sozialismus. Für die politische Bewertung der Operationen und der Funktionsweise des MfS ist dieses Selbstverständnis der kommunistischen Geheimpolizei der DDR und ihres Nachrichtendienstes unerlässlich.

Menschen, nicht Schiffe kämpfen - diese Einsicht des britischen Admirals Lord Nelson gilt auch für das MfS. Die Geheimpo-



Anton Ackermann, leitete den Vorläufer der DDR-Auslandsspionage. Hier als Redner am 1. Mai 1950.

Ackermann, 1951 erster Leiter der Vorläufereinrichtung der DDR-Auslandsspionage, und Wilhelm Zaisser, erster Minister für Staatssicherheit. Sie formulierten Grundpositionen für ihre künftige Politik, die noch vor der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht feststanden:

- Kampf um die Ost- oder Westorientierung Deutschlands unter den Bedin-

izei wurde von Kadern aus dem „Militärapparat“ und dem „Parteiselbstschutz“ der KPD vor 1933 aufgebaut. Die Partei war eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Die von Lenin verfaßten berühmten 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern von 1920 verpflichteten jede Partei zum Aufbau einer Doppelstruktur: eine legal operierende Parteiorganisation und ein illegaler Apparat, „der im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.“ (aus: Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale angenommen auf dem II. Kongreß der Komintern am 6.8.1920) Kategorisch forderte Lenin die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Tätigkeit der Partei. So entstanden in der KPD der sogenannte M.(Militär)-Apparat und ein N.(Nachrichten)-Apparat, dessen Leiter nur dem Parteivorsitzenden verantwortlich war. Diese Tradition setzte die SED fort, der Minister für Staatssicherheit war dem Generalsekretär beziehungsweise dem Ersten Sekretär rechenschaftspflichtig.

Die Komintern beschloß 1924 die Einrichtung einer Lenin-Schule für die Parteikader, und der Stab der Roten Armee erhielt den Auftrag, Bürgerkriegs-Spezialisten auf einer internationalen Militärschule auszubilden. In die Leitung dieser Schule war bereits die Auslandsabteilung der GPU integriert. 1948 versicherte die SED-Spitze Stalin, als Kader für ihre Geheimpolizei würden „überprüfte und bewährte Funktionäre“ eingesetzt, „sowie Parteifunktionäre, die eine Parteischule besucht haben und eine zusätzliche Spezialausbildung für die Abwehrtätigkeit erhalten.“ (Gespräch zwischen Pieck, Ulbricht, Grotewohl und Stalin am 18.12.1948, zitiert nach J. Gieseke a.a.O.) Diese Auswahlkriterien trafen für alle Minister für Staatssicherheit zu. Einer der ersten Kursanten der Militärschulen war Artur Illner, der unter seinem Decknamen Richard Stahlmann zusammen mit Anton Ackermann den ersten Auslands-Nachrichtendienst der DDR aufbaute, der 1956 zur Hauptabteilung Aufklärung des MfS wird. Auch Wilhelm Zaisser, militärpolitischer Oberleiter West 1923, als die KPD sich auf den „deutschen Oktober“ vorbereitete, absolvierte diese Schule. 1950 war er der erste Minister für Staatssicherheit der DDR. Zaisser wurde Kader der Komintern und ging 1930 als Agent in die von Japan besetzte Mandschurei. Seine nächsten Stationen waren Leiter der militärpolitischen Schule der Komin-

tern, Kommandeur im spanischen Bürgerkrieg und während des Krieges Leiter der antifaschistischen Schulung deutscher Kriegsgefangener. 1948 wurde er Innenminister im Lande Sachsen.

Stahlmann wurde Instrukteur der Organisationsabteilung der Komintern und führte für sie und die Auslandsaufklärung des militärischen Geheimdienstes der sowjetischen Armee illegale Einsätze in Fernost und Westeuropa aus. Im spanischen Bürgerkrieg war er Kommandeur einer Partisanenabteilung. Die Biographien von Zaisser und Stahlmann zeigen, wie sich die illegalen Apparate der Komintern und die geheimdienstlichen Strukturen der sowjetischen Nachrichtendienste miteinander vermischen. Das war weder für Stahlmann noch Zaisser ein Widerspruch, weil sie den Prüfstein für jeden Kommunisten auf der Welt verinnerlicht hatten: Loyalität zur Sowjetunion.

Das galt auch für Ernst Wollweber, den zweiten Minister für Staatssicherheit in der DDR. 1918 war er aktiv am Aufstand der Matrosen in der Novemberrevolution beteiligt. Er baute ab 1936 einen illegalen Apparat zur weltweiten Schiffsabotage gegen sogenannte faschistische Staaten auf und organisierte im spanischen Bürgerkrieg Waffenlieferungen für die republikanische Regierung. 1944 verlieh ihm die Sowjetunion ihre Staatsbürgerschaft, um ihn aus einem schwedischen Gefängnis zu befreien. Erich Mielke wurde 1958 sein Nachfolger und blieb Minister bis zur friedlichen Revolution in der DDR, die er als „Konterrevolution“ verstand und eigentlich hatte verhindern wollen. Mielkes Karriere im Netzwerk der illegalen Apparate der KPD begann 1930 im „Parteiselbstschutz“, der den Bezirksleitern der KPD unterstand, in Berlin damals Walter Ulbricht. 1931 war Mielke beteiligt am Mord an zwei Polizeioffizieren und floh danach in die Sowjetunion, dort besuchte er die militärpolitische Schule und die Lenin-Schule. Nach seinem Einsatz im spanischen Bürgerkrieg war er 1943 Mitglied der illegalen KPD-Leitung in Frankreich. 1945 kehrte er nach Berlin zurück und wurde Abteilungsleiter von Polizei und Justiz beim ZK der KPD. Danach begann er als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Inneren seinen Aufstieg an die Spitze der DDR-Geheimpolizei, 1950 wurde er Staatssekretär im MfS. Erst mit Mielke kann Ulbricht 1957 einen Gefolgsmann zum Minister der Staatssicherheit durchsetzen; über seine Vorgänger hatte noch die sowjetische Seite allein entschieden.



Foto: Dt. Bundesarchiv

Wilhelm Zaisser (1950), erster Minister für Staatssicherheit.

Die Auslandsespionage war die Aufgabe des „Außenpolitischen Nachrichtendienstes“, der Dienst arbeitete im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Im November 1952 wurde Richard Stahlmann als ihr Leiter abgelöst, sein Nachfolger wurde Markus Wolf. Der Nachrichtendienst wurde 1953 in das MfS integriert, Generalmajor Wolf blieb Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung und avancierte zum Stellvertreter Wollwebers. Diese Funktionen behielt er auch unter Mielke bis 1986. Seine Biographie und die von Paul Laufer zeigen, daß für den Nachrichtendienst der DDR vergleichbare Kaderkriterien wie für die Geheimpolizisten galten: zuverlässige, geschulte Kommunisten mit unbedingter Loyalität zur Sowjetunion. Wolf kam als Sohn des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf 1934 als neunjähriges Kind in das sowjetische Exil, besuchte 1942/43 einen der letzten Lehrgänge an der Schule der Komintern und wurde 1945 als Journalist am Berliner Rundfunk eingesetzt. War Wolf ein Moskauer Nachwuchskader, so kam Paul Laufer aus dem N.-Apparat der KPD. Der Metallarbeiter leistete in Berlin ab 1927 für die KPD in der SPD „Abwehrarbeit“, nach 1933 illegale Arbeit und kam in Haft. Im Herbst 1945 trat er in Berlin im Vorfeld der SED-Gründung erneut im Auftrag der KPD in die SPD ein. Im MfS war er seit 1955 in der Hauptverwaltung Aufklärung zuständig für die Bearbeitung von SPD und DGB der Bundesrepublik.

Teil II in der nächsten Ausgabe

Teppich-Monster

Gewebte DDR-Propaganda in Kölner Museum

Samstagmorgen in der City. Das Kölner Museum Ludwig öffnet zehn Uhr seine Pforten. Kurz vorher bestelle ich im haus-eigenen Café ein französisches Frühstück. Das leckere Croissant bleibt mir fast im Halse stecken, als ich die rote Ziegelwand anschau: diverse großformatige Wandteppiche mit sozialistisch-kommunistischen Motiven und Parolen stechen ins Auge.

Im ansonsten einladenden Gastronomie-Ambiente erdrücken mich diese 22 Teppich-Monster. Grimmig dreinschauende Soldaten, mit der Knarre in der Hand, blicken auf mich herab. Während ich einen Schluck Kaffee trinke, lese ich den eingewebten Schriftzug auf NVA-grünem Grund: „35 Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Daneben ein Soldatenteppich in aufdringlichem Rot mit dem Spruch „20 Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Neben Portraits von Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Engels und Lenin noch banalere Motive: ein großes DDR-Emblem mit Hammer, Sichel, Ehrenkranz und der Losung „Alles mit dem Volk, Alles durch das Volk, Alles für das Volk“.

Stellt sich für mich die Frage: Warum muß man diese Relikte der vor über 20 Jahren untergegangenen DDR heute ausgerechnet im Café eines weltbekannten Kölner Museums ertragen? Hier kehrt man zur Entspannung ein und will relaxen – oder wie mein 16jähriger Enkel sagt, „chillen“. Zeilen wie „50 Jahre Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, „30. Jahrestag der Befreiung“, „60 Jahre Roter Oktober“, „Der Name und das Werk Lenins bleiben ewig bestehen“, wirken nicht nur befremdlich, sondern in dieser geballten Masse bedrohlich. „Vereint sind wir alles“ wurde unter den verschlungenen Händen des einstigen SED-Logos, das so manches Bonzen-Jackett und das ihrer Mitläufer zierte, eingewebt.

Aufstehen und gehen wäre die eine Möglichkeit für mich, um dieser Unkultur zu entfliehen. Anschauen und erkundigen, weshalb die Wandteppiche zu diesem Zeitpunkt überhaupt dort hängen, wäre die Alternative. Schließlich gibt es auch immer mal wieder Ausstellungen über Kunst im Dritten Reich, mit Nazisymbolen und unmißverständlichen Inhalten. Aber die werden dem Betrachter niemals ohne erklärende Kommentare vorgesetzt. Ein Aufschrei ginge durchs Land. Und das völlig berechtigt.

Im Café Museum Ludwig liegen aber weder Flyer auf den Tischen, noch sind Texte neben den Teppichen angebracht. Auch bei denen nicht, die sich in Sichthöhe über den Restauranttischen befinden. Man verißt jegliche Distanz zu diesen Geschmacklosigkeiten. Das ist das eigentlich Befremdliche. Mitten im Raum sitzen sie alle: Ältere Damen, sorgfältig frisiert und elegant gekleidet. Flirtende Pärchen. Eine stillende Mutter. Ehepaare mit Kindern in allen Altersklassen. Männerrunden mit Schlips und Kragen. Ich beobachte ihre Reaktionen auf die unverkennbaren DDR-Erzeugnisse. Manche reagieren kopfschüttelnd, einige ratlos oder desinteressiert.

35 Jahre lebe ich in Köln, der weltoffenen Stadt am Rhein. Doch diese Teppich-Präsentation, ohne erläuternden Hintergrund, ist für mich ganz besonders schwer zu ertragen. Immerhin war ich von 1972 bis 1975 wegen geplanter Republikflucht in DDR-Gefängnissen drangsaliiert und

gefoltert worden. Meine spezielle Beziehung zu Wandteppichen? Nach der U-Haft im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen – heute eine vielbesuchte Gedenkstätte – mußte ich im berüchtigten Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge in Doppelzwangsarbeit schuften. Acht Stunden im Drei-Schicht-System Motoren für Waschmaschinen herstellen, acht Stunden Kunst schaffen. Das Knüpfen zahlreicher Wandteppiche gehörte dazu – mit ornamentalen Mustern, aber auch mit politischem Inhalt. Darunter ein Portrait von Ernst Thälmann, etwa 90 mal 150 cm groß, und ein Treptower Ehrenmal von 200 mal 300 cm Größe!

Jetzt betrachte ich im Museum Ludwig besonders intensiv das Thälmann-Portrait und das Treptower Ehrenmal. Ich stelle fest: Meine handgeknüpften Wandteppiche von 1974 und 1975 waren viel schöner und ansehnlicher, weil individueller. Da steckte meine verletzte Seele drin, mein Herzblut, meine ganze Hoffnung auf vorzeitige Entlassung. Daß diese Barbaren damals ausgerechnet einen politischen Häftling unter weiterer Strafandrohung wegen sogenannter Arbeitsverweigerung zwangen, Wandteppiche politischen Inhalts zu knüpfen, entlarvt einmal mehr dieses menschenverachtende System.

Wo meine Kunstwerke heute hängen, weiß ich nicht. Meine diesbezüglichen Anfragen im August 1977 beim Frauenzuchthaus Hoheneck brachten keine Klärung. Auch Recherchen nach dem Fall der Mauer verliefen im Sande. Das Thälmann-Portrait soll damals bei einem DDR-Minister das Büro geschmückt haben. Möglich, daß es später in der DKP-Zentrale in Düsseldorf landete. Ein Kölner Journalist hatte ein Thälmann-Portrait dort zufällig entdeckt. Mir verwehrte man den Zugang. Ein Wandteppich Treptower Ehrenmal, so konnte man in Ost-Berliner Zeitungen 1975 lesen, sei als Gastgeschenk der DDR-Oberen in Kasachstan der Sowjetregierung übergeben worden.

Als ich im Foyer des Museums Ludwig fragte, warum solche Objekte kommentarlos im Café ausgestellt werden, bis wann sie an den Wänden hängen sollen und wer der „Künstler“ sei, konnte mir niemand Auskunft geben. Und das, ob-



Rote Soldaten im Café.

wohl die monströsen Gebilde schon über drei Wochen dort präsentiert wurden. Ich erfuhr lediglich: „Die sind von Teppichkunst Hirschberg in der Neumarkt-Passage.“ Dort brachte ich ein paar Tage später in Erfahrung, daß es keinen „Künstler“ gäbe, weil die Teppiche maschinell hergestellt worden seien. Das hatte ich längst erkannt, denn nur einer der 22 Wandteppiche ist nach der mir geläufigen manuellen Knüpftechnik entstanden. Ein Katalog sei im Druck, ließ man mich noch wissen, und ein Historiker arbeite an einem Zeitungsartikel.

Ein Glück, daß die Kollegen von BILD Köln die wohl überflüssigste Ausstellung

der Stadt ebenso kritisch sehen wie ich. Am 29. Juli 2010 schrieben sie unter der Rubrik „Was uns ärgert“: „Das sind die DDR-Propaganda-Wandteppiche im Café des Museums Ludwig. Seit drei Wochen aufgehängt, aber noch immer ohne Hinweis-schilder zur Ausstellung. Bis Ende der Woche soll wohl ‚nachgerüstet‘ werden.“

Diese „Nachrüstung“ dauerte fast fünf Wochen. Für die Broschüre wird man allerdings – im Gegensatz zu den Prospekten anderer Ausstellungen – mit 12 Euro zur Kasse gebeten.

Ellen Thiemann

Da lacht der Klassenfeind

17. Oktober 1989, über einen SED-Funktionär: „So erklärte er, daß es nicht umsonst sei, daß wir einen Hammer in unserem Staatswappen haben, den wir jetzt brauchen, um zuzuschlagen.“

BV-KMS, AKG-2125, Bl. 1

Tod in Bulgarien

Zwei Hildburghäuser erschossen

Im Sommer 1983 versuchten vier junge Leute aus Dresden, darunter eine Musikstudentin, über die bulgarisch-jugoslawische Grenze in die Freiheit zu fliehen. Von bulgarischen Grenzsoldaten, die dafür Geldprämien erhielten, verhaftet, wurden sie an die DDR-Staatsicherheit ausgeliefert und wegen versuchter „Republikflucht“ zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Zwei der verurteilten und später freigekauften Dresdner, das Geschwisterpaar Dorothea Ebert und Michael Proksch, haben jetzt in ihrem Buch „Und plötzlich waren wir Verbrecher“ (siehe auch S. 17) über die Verhaftung und die nachfolgenden Jahre der Erniedrigung berichtet: „Es ist aus; schlagartig begreifen wir alles. Diese Grenze wäre unüberwindbar gewesen, so hoch und fest ist sie. Wir haben vorher nur eine Scheingrenze überwunden und dadurch tatsächlich Signaldrähte berührt. Dadurch waren in der Talstation Grenztruppen informiert worden und mussten nur noch die richtige Grenze abriegeln. Das haben sie auch getan. Wir sind ihnen unweigerlich direkt in die Arme gelaufen. Wir liegen wehrlos auf dem Boden – bäuchlings. Die Soldaten kommen, halten uns ihre Gewehrläufe in den Nacken und mich ergreift das Gefühl, mein Leben sei jetzt zu Ende.“

Dabei hatten die vier Dresdner bei ihrem Fluchtversuch noch unglaubliches

Glück gehabt, weil sie nicht, wie an der bulgarischen Grenze üblich, an Ort und Stelle erschossen worden waren. Junge fluchtwillige DDR-Bürger waren nämlich seit dem Mauerbau 1961 der irrigen Auffassung gewesen, wenn schon die Flucht an der innerdeutschen Grenze wegen der Minenfelder und des Schießbefehls hochgefährlich wäre, so könnte ein solches Unternehmen in anderen Ostblock-Ländern einfacher sein. Das Gegenteil war richtig! Wie der Berliner Historiker Prof. Dr. Stefan Appelius am 15. April 2010 in einem Vortrag in der Suhler Gauck-Birthler-Behörde berichtete, hätten rund 5000 DDR-Bürger die Flucht über die bulgarische Grenze nach Griechenland gewagt, rund 200 wären dabei erschossen worden. Die Bulgaren hätten auch dann ganze Familien (Männer, Frauen, Kinder) mit Kalaschnikow-Salven niedergemäht, wenn sie ihrer leicht hätten habhaft werden können. Ein Leipziger Liebespaar beispielsweise, das schon festgenommen worden war, wurde Stunden später im Hof der Kaserne der Grenzwächter an die Wand gestellt und erschossen. Geldprämien gab es für lebende und für tote Flüchtlinge!

Auch zwei junge Männer aus Hildburghausen in Thüringen, 19 und 26 Jahre alt, haben vor dem Mauerfall 1989 versucht, über die bulgarische Grenze zu entkommen. Sie wurden gestellt und



Ellen Thiemann vor einem der Wandteppiche. Einst wurde sie im DDR-Frauenzuchthaus gezwungen, ähnliches zu knüpfen.

erschossen. Ob beide flüchten wollten oder nur einer, während ihm der andere geholfen hat, blieb bis heute ungeklärt. Da werden neue Aktenfunde im Nachlaß der Hildburghäuser MfS-Kreisdienststelle und Zeugenaussagen von noch lebenden Freunden nach 30 Jahren Aufklärung bringen müssen. Immerhin saßen am 15. April im Publikum die noch lebende Mutter des einen Erschossenen und die Geschwister des anderen. Die Mutter hatte, noch zu DDR-Zeiten, über Jahre hinweg hartnäckig, zielbewußt und stark bedrängt von der MfS-Kreisdienststelle immer darauf bestanden, daß die sterblichen Überreste ihres Sohnes auf den Friedhof von Hildburghausen überführt würden, was sie schließlich auch durchsetzen konnte. Heute sind beide Mordopfer dort beigesetzt.

Die zügige Aufklärung dieses Vorfalles wird freilich noch immer behindert, nicht zuletzt in der Kreisstadt Hildburghausen. Der Suhler Vortrag vom 15. April sollte nämlich dort gehalten werden, was aber, so Stefan Appelius, nicht genehmigt worden war. Er hofft nun, es im Jahr 2011 – zum 50. Jahrestag des Mauerbaus – nachholen zu können.

Jörg Bernhard Bilke

Ausstellung wandert wieder

In diesem Jahr ist die Wanderausstellung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ zu Gast in der Gedenkstätte Bautzner Straße. Dort

befand sich bis 1989 die Untersuchungsanstalt der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit Dresden. Daß gerade hier, wo noch vor 21 Jahren soviel Willkür und Terror herrschten, die Bilder der ehemaligen politischen Häftlinge der SBZ- und DDR-Diktatur gezeigt werden können, ist besonders wichtig. Viele Schulklassen und Erwachsene aus ganz Deutschland besuchen diese Gedenkstätte, dabei haben sie nun Gelegenheit, die Wanderausstellung der UOKG zu besichtigen.

Am 26. August 2010 fand die Eröffnungsveranstaltung statt, an der auch Dr. Herbert Wagner, ehemaliges Mitglied der „Gruppe der 20“ und 1990 demokratisch gewählter Oberbürgermeister von Dresden, sowie Dr. Michael Richter vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung teilnahmen. In der

Diskussion wurde deutlich, wie entscheidend es ist, daß die politische Bildung sich auch intensiv mit der SBZ/DDR-Diktatur beschäftigt. Damit werden Zeichen gesetzt, die junge Menschen anregen, extremistischen politischen Kräften zu widerstehen. Einhellig wurde betont, daß die Entwicklung in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, auf Zeitzeugen aus der Zeit zwischen 1945 und 1989 als Referenten weitgehend zu verzichten, in die falsche Richtung weist. Gerade Menschen, die diese sozialistisch-kommunistische Diktatur erleiden mußten, sind vor allem für Schüler im Unterricht besonders glaubwürdig.

Die Ausstellung wird in diesem Jahr noch in Osnabrück und anderen Städten gezeigt.

Anton Odenthal



Foto: A. Odenthal

Wanderausstellung am authentischen Ort.

Umzug in Rekordzeit

Stasi-Museum Berlin residiert zeitweise auf dem „Feldherrenhügel“

(jd) Nach nur vier Tagen Schließzeit hat das Stasi-Museum in Berlin bereits am 2. August 2010 mit einer Übergangsausstellung wieder seine Pforten geöffnet. Der zeitweilige Umzug in Haus 22 - ebenfalls auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale - war nötig geworden, nachdem die Bundesregierung entschieden hatte, den eigentlichen Sitz des Museums, das Haus 1 im MfS-Hauptquartier, mit Geldern aus dem Konjunkturpaket II zu sanieren.

„Wir sind sehr froh, die frühere Generalkantine der Stasi als Übergangsquartier nutzen zu können. Nicht ohne Grund nennt man dieses Haus bis zum heutigen Tag ‚Feldherrenhügel‘. So bleibt das Stasi-Museum am historischen Ort in einem

geschichtsträchtigen Haus, nur hundert Meter von seinem Stammsitz entfernt“, sagte Bernd Lippmann, Vorsitzender des Trägervereins des Museums. „Nachdem das Informationszentrum der Birthler-Behörde im April geschlossen worden ist und erst Anfang nächsten Jahres mit der Eröffnung der neuen Dauerausstellung in der Zimmerstraße zu rechnen ist, wollten wir Berlin nicht ohne Ausstellung über die Stasi lassen. Deshalb haben wir all unsere Kräfte zusammengenommen und unsere Ausstellung in nur vier Tagen am neuen Standort wieder aufgebaut.“

Die Interimsausstellung besteht anfänglich aus wesentlichen Teilen der bisherigen Dauerausstellung. Innerhalb der nächsten Monate wird eine Überarbei-



Foto: John Steer/Stasi-Museum Berlin

Über 20 Jahre nach Erich Mielke verläßt sein Schreibtisch das erste Mal Haus 1. Im Gegensatz zum Minister kehrt er jedoch zurück.

tung stattfinden, so daß gegen Ende des Jahres eine attraktive Präsentation mit bisher noch nicht gezeigten Exponaten der Öffentlichkeit zugänglich sein wird.

Auch am Ausweichstandort ist das Stasi-Museum Berlin von Montag bis Freitag von 11.00 bis 18.00 Uhr sowie an Sonntagen, Sonntagen und Feiertagen von 14.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Marietta-Jirkowsky-Platz

Am 13. August 2010 weihte die Gemeinde Hohen-Neuendorf am nördlichen Stadtrand von Berlin einen Platz ein, der fortan den Namen der mit 18 Jahren an der Mauer getöteten Marietta Jirkowsky tragen soll. Nach einer bewegenden Rede der SPD-/FDP-Fraktionsvorsitzenden Inka Gossmann-Reetz (SPD) legten Ver-

treter von SPD, FDP, der Stadtverwaltung sowie der UOKG an einer Gedenkstele in der Florastraße, unweit des neu benannten Platzes, Kränze und Blumengebinde nieder.

Marietta Jirkowsky wurde am 22. November 1980 bei einem Fluchtversuch

in Hohen-Neuendorf von 27 Schüssen durchsiebt. Besonders tragisch ist die Geschichte, weil die Staatssicherheit noch nach Mariettas Tod versuchte, sie bei ihrer Familie und in ihrem Bekanntenkreis zu diffamieren.

Der Einweihung des Platzes ging ein unwürdiges Possenspiel voran. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung Hohen-Neuendorf bereits im November

2009 die Umbenennung des Platzes beschlossen hatte, kam es zu einem Einspruch der Familie Jirkowskys. Diese war dagegen, den Platz nach Marienetta zu benennen. Daraufhin stellte Bürgermei-

ster Klaus-Dieter Hartung (Die Linke) – der allerdings dann bei der Einweihung des Platzes die Berliner Mauer mit deutlichen Worten verurteilte – den Antrag, die Umbenennung wieder rückgängig

zu machen. Der Antrag wurde von einer großen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zurückgewiesen.

Florian Kresse

Deutsche Geschichte in Großauflage

(sta) „Es gibt drei Daten, mit denen jede Schülerin, jeder Schüler etwas verbinden sollte“, sagte anlässlich des 49. Jahrestages des Mauerbaus Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Der 17. Juni 1953, der Tag des Volksaufstandes gegen die SED-Diktatur, der von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde. Und der 13. August 1961, der Tag, an dem die SED-Führung ihr Volk einmauerte. Das sind die beiden traumatischen Erlebnisse der zweiten Diktatur in Deutschland. Sie ließen viele Ostdeutsche glauben, daß sie ihrem Schicksal in der DDR ausgeliefert sind. Um so wichtiger ist der 9. Oktober 1989, an dem die Menschen in Ostdeutschland ihre Angst verloren und in Leipzig en masse auf die Straße gingen. Wir können die SED-Diktatur und die Friedliche Revolution nicht erklären,

wenn wir diese drei Daten nicht in einen Zusammenhang stellen.“

Rainer Eppelmann stellte in Berlin das Ausstellungsprojekt „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ vor, das im kommenden Jahr aus Anlaß des 50. Jahrestages des Mauerbaus in über 1000 Exemplaren in ganz Deutschland und in mehreren Sprachfassungen weltweit gezeigt werden wird. Die Ausstellung wurde gemeinsam mit den Zeitungen „Die Welt“ und BILD vorbereitet. Gleichzeitig eröffnete Eppelmann vier zeithistorische Ausstellungen, die die Bundesstiftung zwei Wochen lang auf einem Bauzaun entlang der Berliner Stresemannstraße/Ecke Köthener Straße zeigte. Die Freiluft-Schau auf der Grenzlinie zwischen Ost- und West-Berlin behandelte den Alltag in der DDR, die Friedliche Revolution sowie



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Rainer Eppelmann klebt fachmännisch deutsche Geschichte an den Zaun.

die deutsche Einheit und präsentierte Ergebnisse plakatkünstlerischer Wettbewerbe und eine Comic-Ausstellung.

„Den Feinden die Faust“

Das war der Titel einer Veranstaltung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in der Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt in Potsdam am 19. August. Christian Booß, BStU, der Historiker Stefan Wolle und Thomas Auerbach erläuterten die geplanten Isolierungslager des MfS. Sie stellten die akribischen Bestimmungen der Staatssicherheit vor, die noch nach 1980 im Falle einer geplanten bewaffneten Eroberung West-Berlins die eigene Bevölkerung internieren wollte. Wolle und Auerbach verdeutlichten anhand von MfS-Akten die generalstabsmäßigen Vorbereitungen für eine Isolierung möglicher Staatsfeinde

spricht Andersdenkender. Zu diesem Szenario gehörte auch der Aufbau einer Geisterstadt im damaligen Bezirk Potsdam, unweit West-Berlins, wo MfS-Kräfte die Verhaftung von Demonstranten übten. Eine Filmproduktion des Rundfunks Berlin Brandenburg zeigte Luftaufnahmen der geplanten Isolierungslager. Spätestens, als Auerbach die erschreckenden Zahlen der einzelnen Gruppen von „Verdächtigen“ vortrug, wurde jedem in dem überfüllten Besucherraum klar, was vom sogenannten Nicht-Unrechtsstaat DDR zu halten ist. Der Film wurde im Regionalfernsehen gesendet.

Lothar Scholz



Foto: L. Scholz

Thomas Auerbach (l.) und Christian Booß.

Hoheneckerinnen

Vom 1. bis 3. Oktober 2010 findet in Stollberg das diesjährige Treffen der ehemaligen Hoheneckerinnen statt. Nähere Informationen und Anmeldemöglichkeiten auf der Web-Seite des Vereins unter „Aktuelle Mitteilungen“: www.frauenkreis-hoheneckerinnen.de

„Mission erfüllt? 1990 - Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht“

UOKG-Kongreß am 16. Oktober 2010 in Berlin

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer

Der Kongreß stellt nach 20 Jahren Aufarbeitung die Frage: Erfolg oder Debakel? Er soll zunächst in einer Rückschau Ereignisse vergegenwärtigen, die im Jahre 1990 die Auseinandersetzung mit dem Unrecht der DDR maßgeblich bestimmten.

Die Volkskammer verabschiedete u.a. das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“ und ein Rehabilitierungsgesetz für Opfer politischer Verfolgung. Gleichzeitig nahm die DDR-Justiz Ermittlungen wegen Amtsmißbrauch, Korruption und Wahlfälschung auf.

In der Veranstaltung soll den Fragen nachgegangen werden, auf welche Widerstände die im Zuge des Umgangs mit DDR-Unrecht ergriffenen Maßnahmen stießen, und ob sie in ihren Ergebnissen nachhaltig und effektiv gewirkt haben. Daneben wird die wichtige Rolle der Bürgerkomitees, die sich 1990 in Berlin und verschiedenen Bezirksstädten herausbildeten, im Kontext der Auflösung des MfS/AfNS beleuchtet.

Mit dem Jahr 1990 endete auch das Schweigen über die einstige Existenz der sowjetischen Speziallager. Nach der Entdeckung von Massengräbern gedachte man der Toten; ehemals Inhaftierte und deren Angehörige fanden sich in Vereinen zusammen. Auch dieses Faktum und die Reaktionen der Öffentlichkeit werden zu diskutieren sein.

Schließlich wird, mit dem Abstand von 20 Jahren, bilanzierend untersucht, inwiefern sich die damaligen Erwartungen bezüglich einer umfassenden Aufarbeitung

des DDR-Unrechts erfüllt haben bzw. welche Defizite bis in die Gegenwart hinein existent sind.

Veranstaltungsdatum: **Sonnabend, 16. Oktober 2010**, Einlaß ab 9.30 Uhr, Beginn 10.00 Uhr

Veranstaltungsort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Eintritt: 10 € bzw. 5 € (ermäßig), inklusive Mittags- und Abendimbiß, Kaffee und Kuchen

Veranstaltungsende: ca. 19.30 Uhr

Programm

„Die Ahndung von Partei- und Staatskriminalität der DDR seit dem Beginn der 90er Jahre - eine Bilanz“
Christoph Schaeffgen

Generalstaatsanwalt a.D., leitete die Berliner Staatsanwaltschaft zur Aufdeckung von DDR-Regierungs- und vereinigungsbedingter Wirtschaftskriminalität

„Dokumentation des Verbrechens - die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter und ihre Rolle ab 1990“

Dr. Hans-Jürgen Grasmann
Oberstaatsanwalt, 1988-1994 stellv. Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter

„Das Volkskammergesetz vom 24. August 1990 und der Kampf um die Öffnung der Stasi-Akten“

Dr. Christian Booß
Historiker, Journalist, Berlin

Podium I

„MfS/AfNS-Auflösung vor Ort - Erfahrungsberichte“

Tobias Hollitzer
Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Reinhard Schult
1990 Mitglied des Staatlichen Komitees

zur Auflösung des MfS und des Neuen Forums, Berlin

Podium II

„Erstes öffentliches Gedenken an die Opfer der sowjetischen Speziallager“

Eberhard Hoffmann
Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
Andreas Weigelt
Historiker, Forschungsschwerpunkt sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz

Podium III

„Abgeordnete in der Volkskammer 1990 - Beschäftigung mit Diktatorfolgen als Teil der Arbeit des Parlaments“

Maria Michalk
MdB, gehörte von März bis Oktober 1990 als Mitglied der CDU-Fraktion der ersten frei gewählten Volkskammer an
Stephan Hilsberg

Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, Februar bis Juli 1990 Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), 1990-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2000 bis 2002 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

„Medien- und Verlagslandschaft im Jahre 1990 - Instrumente zur Öffentlichmachung von DDR-Unrecht“

Dr. Annette Leo
Historikerin, Mitbegründerin der ersten unabhängigen DDR-Zeitschrift „die andere“

„Das Schicksal von politischen Häftlingen nach der deutschen Wiedervereinigung - Bilanz ihrer sozialen Lage nach 20 Jahren“

Dr. Sibylle Plogstedt
Publizistin, Journalistin

(Die Veranstaltung wird gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung.)

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Eigenes Gedenken

(st) Auf dem Friedhof Gärtnerstraße in Berlin-Hohenschönhausen liegen 259 namenlose Tote, Häftlinge des Speziallagers Nr. 3 in Hohenschönhausen. Die Gesamtzahl der dort ums Leben gekommenen wird auf 3000 bis 3500 geschätzt.

Im vergangenen Jahr am Volkstrauertag begründeten Opferverbände auf Initiative von Günter F. Toepfer ein eigenes Gedenken, um sich bewußt von der jährlichen Veranstaltung des Bezirksamtes und der BVV Lichtenberg, wo die Linkspartei dominiert, abzuheben.

In diesem Jahr am Volkstrauertag soll die Tradition nun fortgesetzt werden.

Für die Opferverbände lädt Günter F. Toepfer ein zum Treffen am **Sonntag, dem 14. November 2010**, 11.00 Uhr, auf dem Hohenschönhauser Friedhof Gärtnerstraße 7, 13055 Berlin.

Bundesverdienstkreuz

(st) Am 4. September 2010 nahm im Rahmen der Gedenkfeier anlässlich des 65. Jahrestages der Wiederinbetriebnahme des KZ Sachsenhausen durch den NKWD Paul Radicke von Brandenburgs Kulturministerin Dr. Martina Münch das Bundesverdienstkreuz entgegen. Radicke wurde mit 19 Jahren wegen eines Spottgedichts über die sowjetische Besatzungsmacht und die SED 1947 von einem Sowjetischen Militärtribunal zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt und kam in das NKWD-Gefängnis des Lagers Sachsenhausen, später in die Zuchthäuser Untermaßfeld, Brandenburg und ins Haftkrankenhaus Waldheim.

Die Auszeichnung erhielt der heute 81-Jährige für aktive Beteiligung an der Kommunalpolitik in seinem Wohnort Bevern, vor allem aber für sein vielfältiges, langjähriges Engagement bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur – u.a. war er stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen – und nicht zuletzt für das Auffinden der Urnen in Untermaßfeld verstorbener und anonym verscharrter Haftkameraden sowie den Einsatz für eine Gedenktafel in Untermaßfeld.

Herzlichen Glückwunsch!

Johan Viktor Bausch

12.03.1928 – 14.08.2010

Am 14. August 2010 verstarb Johan Viktor Bausch im Alter von 82 Jahren. In Mecklenburg als Sohn eines Papierfabrikanten groß geworden, verhaftete ihn der NKWD als Jugendlicher insgesamt dreimal. 1948 wurde er nach sechsmonatiger U-Haft am Schweriner Demmlerplatz durch das Sowjetische Militärtribunal verurteilt und in das Speziallager Nr.7/Nr.1 nach Sachsenhausen abtransportiert, wo er bis zur Auflösung des Lagers Anfang 1950 inhaftiert war. Anschließend ging er in den Westen, studierte Chemie und baute die Bausch AG als eigene Papierfabrik in Bayern auf.

55 Jahre nach dem Urteilsspruch erhielt Johan Viktor Bausch seine Rehabilitation. Nach dem Zusammenbruch der DDR führte ihn der Weg, neben seinen Reisen in alle Welt, nun auch immer wieder in sein geliebtes Mecklenburg. Er knüpfte an alte Freundschaften an und gewann neue hinzu.

Besonders verbunden blieb er dem Schweriner Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland. Seine Erinnerungen an die U-Haftzeit sind dort in der Ausstellung festgehalten. Er war uns wohlwärtiger und warmherziger Gefährte.

Die Geschichtsaufarbeitung wurde für Johan Viktor Bausch ein immer wichtigerer Bestandteil seines Lebens; er engagierte sich als Mitglied des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) und der VOS und stand ohne Bitternis in Zeitzeugengesprächen vor Schülern und Lehrern, um diese für das geschehene Unrecht zu sensibilisieren. Sein Wirken hinterläßt tiefe Spuren.

In stillem Gedenken, mit großem Dank und voller Hochachtung

Marita Pagels-Heineking
Die Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen Mecklenburg-Vorpommern

Jochen Schmidt
Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

Suchanzeigen

Kinder als Opfer politischer Verfolgung

Das „Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ erarbeitet eine Studie über die „**Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Spezialkindeheimen und Jugendwerkhöfen in der DDR bis 1989**“.

Ziel des Projektes ist es, die Opfergruppe der „Heimkinder“ vorzustellen und Einweisungsgründe und die Situation in den Heimen aufzuzeigen. Die aktuelle Situation der Betroffenen wird dabei im Mittelpunkt der Untersuchung stehen: Unter welchen Folgen leiden die „Heimkinder“ bis heute? Wie leben sie?

Für die Realisierung unseres Projektes sind wir auf die Mitarbeit von Betroffenen angewiesen. Nur durch ihre Mitarbeit kann das Schicksal der „Heimkinder“ aus der ehemaligen DDR aufgearbeitet und die derzeit bestehende Gesetzeslage zur Rehabilitation verbessert werden.

Eine nähere Beschreibung des Projektes können Sie unter den unten genannten Kontaktdaten erfragen oder auf der Homepage des Bürgerbüros nachlesen:

BÜRGERBÜRO e.V. - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin, Tel. (030) 463 48 06, E-Mail info@buergerbuero-berlin.de, Homepage www.buergerbuero-berlin.de

Das Vermächtnis der Verfolgten bewahren!

20 Jahre nach dem Ende der DDR kommen immer mehr politisch Verfolgte in ein Alter, in dem sie Sorge dafür tragen müssen, daß ihr Vermächtnis nicht verloren geht. Nahe Angehörige wissen manchmal nur noch wenig mit den Hinterlassenschaften über ihre Leidenserfahrungen in der SED-Diktatur anzufangen. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen möchte deshalb allen ehemaligen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen Hilfe bei der Sicherung ihres Nachlasses anbieten.

Im Archiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen lagern die Unterlagen von Hunderten ehemaliger Häftlinge. Dazu gehören nicht nur Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes, sondern auch persönliche Erinnerungen, Dokumente, Fotos oder Gegenstände aus der Zeit der Haft. Die Materialien werden professionell archiviert und – wenn der Betroffene sein Einverständnis erklärt hat – der Forschung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise können die Unterlagen, die aufgrund des Datenschutzes sonst kaum einsehbar sind, nachfolgenden Generationen zugänglich gemacht werden. In der Praxis ist dies zumeist nur möglich, wenn die Betroffenen noch zu Lebzeiten eine Verfügung über den Verbleib ihrer Unterlagen treffen oder diese selbst übergeben.

Allen ehemaligen politischen Gefangenen steht die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen deshalb für eine persönliche Beratung gerne zur Verfügung. Kontakt: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Mechthild Günther, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82-33, E-Mail m.guenther@stiftung-hsh.de

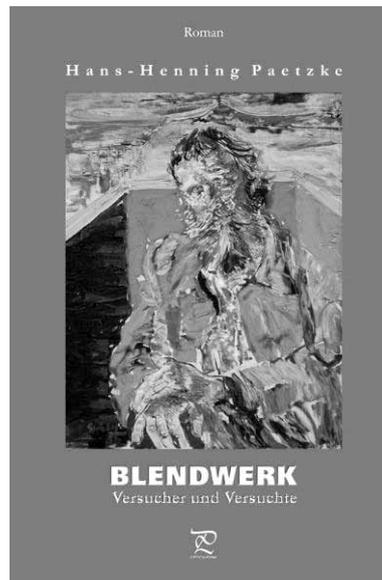
Endspiel des Systems

Betrachtungen von György Dalos zu einer „Privaten Chronik“

Der Übersetzer ist jemand, der sich gern versteckt. Hans-Henning Paetzke ist einer der eingeweihtesten Dolmetscher der zeitgenössischen ungarischen Literatur. Fiktiven und tatsächlichen Schicksalen hat er seine Sprache geliehen (von Miklós Mészöly bis Béla Szász, von János Pilinszky bis György Petri und Géza Szócs, von Péter Esterházy bis György Konrád usw.). Daß er in jene außergewöhnlichen Laufbahnen mit besonders tiefer Empathie einzutauchen vermochte, das ist seinem eigenen höchst wechselvollen Lebenslauf zuzuschreiben.

Paetzkes Roman „Blendwerk - Die gelöste Zunge“, der erste Teil seiner Romantrilogie „Blendwerk“, hat einen Helden: Leo Kleinschmidt. Das Präsens der Geschichte wird durch die sechziger Jahre gegeben. Von hier aus der Rückblick auf die deutsche Vergangenheit und mitteleuropäisches Zusammentreffen. Kleinschmidt, der von der Schule verwiesen worden ist, versucht sich als Schauspielanfänger in einer Kleinstadt der DDR. Einerseits ist er ein Schürzenjäger, wie er im Buche steht, andererseits ist er - zumindest in einer Frage, nämlich in der Ablehnung des Wehrdienstes - ein kompromißloser Oppositioneller des Regimes. So gerät er 1963 in die Fänge der Justiz und in der Folge in verschiedene ostdeutsche Gefängnisse und Lager. Nachdem ihm klar wird, daß er in Ulbrichts Arbeiter- und Bauernstaat nicht nur keine Perspektive hat, sondern daß für ihn dort seines Bleibens nicht ist, sucht er jenen schmalen Pfad, über den er diese Welt verlassen kann. Da sich die illegale Form einer Republikflucht ins „kapitalistische Ausland“ als aussichtslos erweist, öffnet sich für Kleinschmidt der ebenfalls steinige Weg nach Osten. Am Horizont scheint Kádárs Ungarn auf. Es folgt das Erlernen der ungarischen Sprache. Als Lehrstoff bietet sich Nikolaus Molnárs Roman „Weg nach Damaskus“ an. Unter Täuschung der Wachsamkeit der Zensurbehörde gelingt es, das Buch in einem ostdeutschen christlichen Verlag erscheinen zu lassen. Dieser ätherischen Liebe folgt eine andere. In Halle lernt er Gizella kennen, die ihm zugleich eine Lösung für sein Leben und eine Fluchtmöglichkeit anbietet. Nach einem mißlungenen Fluchtversuch in Ungarn, der leicht mit der Wiederholung seiner früheren Gefängnisserfahrungen hätte enden können - zumal die Organe der Kádár-Administration die Grenzverletzer in der Regel

an das Ulbricht-Regime auslieferten, da sie zu diesem über den Internationalismus zarte Bindungen unterhielt -, erwies sich eine Heirat nach Ungarn nun als Ausweg. „Erstmals bekommt er keine Anlage zum Personalausweis der DDR, um nach Ungarn zu reisen. Er erhält einen blauen Pass, der ihn zum Verlassen der DDR und zum Aufenthalt in der Volksrepublik Ungarn berechtigt. Er fühlt sich wie ein kommunistischer Lord. ... Leo Kleinschmidt nimmt wochenlang Abschied. Ein Abschnitt seines Lebens geht zu Ende.“



Die Handlung schließt mit diesem halben Happyend: Kleinschmidt erhält unter großen Schwierigkeiten die Genehmigung, nach Ungarn auszuwandern. Im Sommer 1968 wird in Ungarn geheiratet; auf der Hochzeitsreise überrascht das junge Paar die Nachricht von der sowjetischen Invasion, um den Prager Frühling niederzuwalzen. Das individuelle Schicksal aber nimmt vorerst eine Wende zum Guten hin. Hier beginnt eine neue Geschichte, wie der Schlußsatz andeutet. Der Leser ahnt, daß diese sozialistische Odyssee noch nicht das letzte Abenteuer des Helden sein wird.

Die eigentliche Leistung dieses Abenteuer- und zugleich auch Schelmenromans besteht darin, daß er das Gefängnis, die Welt des Theaters und überhaupt die DDR Walter Ulbrichts mit einer Akribie darstellt, die in den meisten Memoiren fehlt. Paetzke, der Erzähler, betrachtet die Welt nicht aus dem Blickwinkel des Intellektuellen, sondern aus dem des Normalbürgers. Das literarische Plus zeigt sich darin, daß er dieser Sichtweise auch den nach ihm gestalteten Romanhelden unterwirft.

Das heißt, dieser Kleinschmidt ist kein politischer Dissident, sondern ein fehlbarer Mensch, der die musterstaatlichen Erwartungen einfach nicht erfüllen kann und will. Gemessen am idealen Bürger erweist er sich sowohl als besser wie auch als schlechter. Gerade die Gefängnisbeschreibung zeigt, daß die Zwangsgemeinschaft von politischen Gefangenen (die es nach offizieller Auffassung gar nicht gibt) und einfachen Kriminellen in Wirklichkeit ein Abbild der „normalen“ Gesellschaft ist. Und Kleinschmidts Schicksal ist identisch mit dem des kleinen Mannes, der im Labyrinth des Systems umherirrt, der entschieden, aber naiv versucht, seine Freiheit zu erringen. Sein Abenteuer ist nichts anderes als die Wahrung der eigenen Persönlichkeit.

Ähnlich wie in dem Roman „Die gelöste Zunge“, schöpft Paetzkes unermüdliches Erzählertalent auch im zweiten - mit dem Titel „Versucher und Versuchte“ - aus dem Fundus jener „Mythologie des Ostblocks“, in der die unzähligen Geschichten vom Schicksal der einzelnen die Geschichte schlechthin ausmachen. Allerdings geht der Autor dieser privaten Chronik entschieden weiter als früher: Sein Held, Leo Kleinschmidt, nimmt beinahe offen die Züge seines Alter egos an, welcher Eindruck noch durch das Titelbild des Buches verstärkt wird: In dem hervorragenden Porträt des Malers Lajos Sváby läßt sich unschwer der Autor erkennen. Der indiskrete Voyeur, der in jedem Leser, auch im Rezensenten steckt, meint zu wissen, welche Person der Zeitgeschichte hinter der Figur von „Polens berühmtestem Stotterer“ steckt, oder mit wem der ungarische Autor Nikolaus Molnár identisch ist.

Trotzdem kann man nicht behaupten, daß das „Blendwerk“ komplett autobiographisch sei. Einerseits bleiben die Namen von anderen dargestellten Personen meistens fiktiv, selbst wenn ihre Modelle jedem, der sich in der neuzeitlichen Geschichte Ungarns, Polens oder der DDR auskennt, völlig geläufig sind. Andererseits wird die Handlung keineswegs nach einer linearen Logik von Memoiren organisiert, sondern in einer assoziativen Mischung der Zeitebenen der gesamten Nachkriegsära aufgebaut.

Es sind hauptsächlich Frauen, die, entsprechend der vorwiegend erotischen Natur der Versuchungen des Erzählers, das chaotische Leben des Leo Kleinschmidt in eine Art Ordnung bringen. Für den jungen DDR-Bürger mit polnischen und jüdischen

Veranstaltungen

28.9. (Di), 15.00 – 19.00 Uhr:
Informationstag. 17.00 Uhr: **MfS – Schild und Schwert der Partei.** Die Stasi in der Region. Vortrag v. Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Museum in der Adler Apotheke, Steinstr. 3, 16255 Eberswalde

28.9. (Di), 18.00 Uhr:
Wie DDR-Zuwanderer die deutsche Einheit erlebten. Podiumsdiskussion mit Wanda Nikulka, Polen, Pal Gerö, Ungarn, Hai Bluhm, Vietnam, Moises Mvuama, Angola (angef.); Veranstaltung d. Brandenb. Landeszentrale f. pol. Bildung u.a.; Ort: Landeszentrale, Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, 14473 Potsdam

29.9. (Mi), 15.00 u. 17.00 Uhr:
Mit dem Wind nach Westen. Die Ballonflucht zweier Pöbnecker Familien aus der DDR. Vortrag v. Andreas Bley, BStU, u. Archivführung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

29.9. (Mi), 19.00 Uhr:
„Der Verrat – Wie die Stasi Kinder und Jugendliche mißbrauchte.“ Film v. Andreas K. Richter, Uraufführung u. Gespräch; Ort: Kulturzentrum „Wabe“, Danziger Str. 101, 10405 Berlin (3.10.2010, 23.15 Uhr, Ausstrahlung auf RTL)

30.9. (Do), 14.00 Uhr – 2.10. (Sa), 12.30 Uhr:
Tagung Ostdeutschland und die Politikwissenschaft – eine Bilanz 20 Jahre nach der (Wieder-)Vereinigung. Aus der Reihe „Bilanz & Perspektiven“; Teilnahme kostenfrei, Anmeldung nicht erforderlich; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Festsaal der Humboldt Graduate School, Luisenstr. 56, 10117 Berlin

30.9. (Do), 19.00 Uhr:
Kreuzweise Deutsch. Ost über West und West über Ost nach 20 Jahren Einheit, Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

30.9. (Do), 19.00 Uhr:
Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Der Untersuchungsausschuß der letzten Volkskammer der DDR und die Entstehung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Gespräch mit Dr. Joachim Gauck, ehem. BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

30.9. (Do), 19.00 Uhr:
„Tschuß DDR! Über Warschau in die Freiheit!“ Filmvorführung u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmische Str. 6, 04109 Leipzig

2.10. (Sa), 19.00 Uhr:
„Ausgerechnet Bananen – ein

Wurzeln ist Ungarn nur eine Station auf seinem Weg. Von hier aus wandert er einige Jahre später weiter und läßt sich in der Bundesrepublik nieder. Allerdings verliert er den Kontakt mit seiner Wahlheimat nicht, arbeitet als Übersetzer ungarischer Literatur und unterstützt die Tätigkeit der demokratischen Opposition des Landes in den achtziger Jahren, weshalb er in der Volksrepublik zur persona non grata erklärt wird. Kurz nach der Wende entschließt er sich zunächst für Ungarn als Aufenthaltsort, obwohl seine dortige Ehe bereits vor vielen Jahren tragisch gescheitert ist. Doch von dort führen seine Wege weiter, wieder auf dem Pfad einer Liebesbeziehung, nach Polen. Darüber, wie endgültig diese Entscheidung ist, läßt uns der Autor im ungewissen.

Man hätte also diesen Reisenden zwischen den Welten durchaus mit Byrons Childe Harold oder einem modernen Ahasver vergleichen können, wäre er nicht ein Schelm, der sein Verhängnis sozusagen selbst organisiert. Leo Kleinschmidts Abenteuer dienen eindeutig dazu, ein Fresko der späten Phase des „real existierenden Sozialismus“ in Ungarn und der DDR und in Polen entstehen zu lassen. Auf den besten Seiten des Romans treffen wir Opfer und Täter, Fanatiker und Zyniker, Juden und Antisemiten, Machtmenschen und Dissidenten, die gemeinsam das Endspiel des Systems spielen, dessen moralische Erosion viel früher als der materielle Zerfall sichtbar wurde. Die Mosaiktechnik und die schier unüberschaubare mitteleuropäische Anekdotenflut dieser Prosa läßt eine Welt entstehen, die selbst im Verfall über eine merkwürdige Ausstrahlung verfügt.

Es dauerte ziemlich lange, bis sich Hans-Henning Paetzke als Autor eigenständiger Werke meldete. Mit den beiden Romanen, die als Teile einer Trilogie konzipiert sind, paßt er erstaunlicherweise nicht so sehr in die deutsche als eher in die ungarische und tschechische Erzähltradition: Paetzkes Prosa ist ein anekdotenhaftes Sinnieren über das grausame 20. Jahrhundert, wie wir es aus Kunderas „Scherz“, Konráds „Komplize“ und Skvoreckys „Mirakel“ kennen. Das Merkwürdige und Einzigartige daran ist eine komplexe Einbettung des autobiographischen Stoffs in die Historie und Literatur der mitteleuropäischen Landschaft, wodurch eine Art privater, ja intimer Chronik entsteht. Offensichtlich löste das Eintauchen in die beinahe exotische Aura unserer Literatur vor vierzig Jahren als Langzeitwirkung eine Inspiration aus, die

Leo Kleinschmidts noch in das neue, das 21. Jahrhundert, begleiten wird.

.....
Hans-Henning Paetzke: Blendwerk - Die gelöste Zunge, Roman, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2009, 298 Seiten, 16,- €.
Blendwerk - Versucher und Versuchte, Roman, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2008. 344 Seiten, 16,- €
.....

„Und plötzlich waren wir Verbrecher“

Sie waren jung und sie wollten weg. Im Sommer 1983 unternahmen die Geschwister Michael Proksch und Dorothea Ebert aus Dresden, zusammen mit Dorotheas Mann und einem Freund, einen Fluchtversuch aus der DDR. Sie wollten während einer Ferienreise zu Fuß über die bulgarische Grenze nach Jugoslawien. Eltern und Freunde wußten nichts davon. Der Versuch scheiterte. Anfang 1984 wurden die vier in der DDR zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt und um die Jahreswende 1984/85 von der Bundesrepublik freigekauft. Erzählt wird die Geschichte aus der Perspektive von Schwester, Bruder und der Mutter, die in Dresden zurückblieb.

.....
Dorothea Ebert, Michael Proksch: Und plötzlich waren wir Verbrecher. Geschichte einer Republikflucht, dtv premium, München 2010, 320 S., 14,90 €
.....

Wichtige Fragen

(VT)Was ist der Kommunismus? War die DDR ein Unrechtsstaat? Warum kam Honecker nie ins Weiße Haus? War die DDR frei von Drogenproblemen? Und auch: Warum klapperte der Trabant? Der Autor beantwortet diese und viele andere Fragen kenntnisreich in kurzen, gut lesbaren Beiträgen. Das Spektrum reicht von Politik und Wirtschaft bis zu Kultur und Sport. Auch die zahlreichen Absurditäten der DDR-Geschichte bleiben nicht ausgespart. Ein Beispiel aus der Wissenschaftspolitik: „Unsere Geschichtsforscher“, stellte Walter Ulbricht 1955 fest, „befassen sich zu sehr mit der Vergangenheit.“

.....
Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR. C.H. Beck, München 2009, 160 S., 9,95 €
.....

„Im Sieg verloren“

Dieser Satz steht am Ende des Buches einer großen Suche. Und er ist ein Schlüsselsatz für das Lebensgefühl vieler ehemaliger politischer Häftlinge. Der Autor ist einer von ihnen. Jürgen Schmidt-Pohl hat einen autobiographischen Roman geschrieben. Die zentrale Gestalt ist P., was sowohl für den eigenen Namen als auch für „Protagonist“ stehen kann. Die Vermeidung der Ich-Form ist hier offensichtlich nicht der Versuch, sich hinter einer anderen Person zu verstecken, sondern deutet ganz klar auf das Bemühen um einen gewissen Abstand beim Blick auf die eigene Biographie. Das ist auch notwendig, denn der „Traum vom Finden“ – so der Titel – erweist sich häufig als Albtraum des Suchens. Im Prolog wählt der Autor selbst den Vergleich mit Sisyphos, der sich zunächst tatsächlich anzubieten scheint. Doch betrachtet man den Mythos genauer, ist hier gerade kein Sisyphos am Werke, denn der Sohn des Aiolos, König von Korinth, wurde zur Strafe für seine Verschlagenheit – er überlistete sogar den Tod – dazu verbannt, den Stein immer von neuem auf den Berg zu wälzen. List und Tücke aber gehen sowohl dem Protagonisten als auch der Art dieser Erinnerung völlig ab. Im Gegenteil, P. ist ein unerschütterlicher Idealist, der wider alle Erfahrungen die Welt zum Guten zwingen will.

1945 geboren, beginnt P. nach der 10. Klasse und mehreren Jobs in seiner Heimatstadt Schwerin eine Lehre als Buchhändler. In einer Versammlung des Volksbuchhandels 1968 kritisiert er offen die neue DDR-Verfassung und vertritt das Recht des Staates Israel auf Selbstverteidigung. Das genügt der paranoiden Geheimpolizei, um den jungen Mann festzunehmen. P. wird wegen „staatsfeindlicher Hetze und Propaganda“ zu zwei Jahren Haft verurteilt, sitzt 18 Monate ab. Umgeben von Spitzeln, darf er zunächst wieder in seinem Beruf arbeiten, wird 1971 aber unter einem lächerlichen Vorwand vor die Alternative gestellt, selbst zu kündigen oder erneut verhaftet zu werden. Er kündigt, und alle folgenden Bewerbungen laufen ins Leere. P. stellt nun Ausreisearträge und arbeitet als Losverkäufer im Stadtzentrum, wo er den Menschen beim Aushändigen der Lose gleich noch erklärt, warum er dort und nicht in einem Buchladen steht. Die zweite Haft ist nun schon auf fünf Jahre bemessen. Im Zuchthaus Cottbus schlägt ihm ein Aufseher das rechte Auge blind, das linke büßt durch

schwere körperliche Zwangsarbeit einen Großteil der Sehkraft ein. Im Dezember 1975, P. ist erst 30 Jahre alt, wird der fast Blinde in den Westen verkauft. Sein Idealismus und ein kritisches Herangehen an die gesellschaftliche Wirklichkeit auch dort machen ihm den Anfang schwer. „Er lebte als Versehrter in einer heilen Welt.“ Doch er hat ein Ziel: das Studium. So holt er auf der Volkshochschule das Abitur nach und studiert schließlich mit Erfolg Politikwissenschaften. 1989 fällt die Mauer, und, wie könnte es anders sein, P. begibt sich wieder auf die Suche – nach Schwerin. Er findet eine fremde Heimat, das Exil scheint ihm jetzt näher. Naiv und eben ohne alle List steigt der Intellektuelle ein in die Landespolitik Mecklenburg-Vorpommerns. Dabei werden ihm Verletzungen zugefügt, die über seine Kraft gehen. Es bleibt ein Schmerz, der sich auch im Formalen spiegelt. Bei diesen Niederlagen verläßt der Roman gelegentlich die literarische Ebene; für den Leser dennoch ein Gewinn, denn hier offenbart der authentische Text weit mehr als die durchreflektierte Komposition. Das scheint überhaupt eine Eigenart des Buches, textuelle Schwächen erweisen sich in gewisser Weise als Stärken. Es ist kein Roman wie aus dem Kreativ-Schreiben-Kurs, nach dem man die Uhr stellen kann. Dafür gewinnt die Geschichte an Tiefe, weil die Erinnerungsarbeit mehrdimensional nachvollziehbar wird – selbst wenn das so nicht immer vom Autor beabsichtigt sein mag.

Natürlich ist das Buch bitter, doch nicht nur. P. ist ein Mann, der nichts ausgelassen hat oder, den nichts ausgelassen hat. Er kommt weit mit seinem Versuch, das eigene Dasein zu rekonstruieren, zu verstehen, aber er ist am Ende des Romans noch nicht fertig damit. Das Fragmentarische des Ergebnisses macht jedoch einen Gutteil der Spannung aus. Da gibt es dunkle Geheimnisse, auch in der Familie, manche werden geklärt, andere nicht. Gelegentlich möchte man P. wie im Kasperle-Theater zurufen: Nein, nicht da lang, dort lauert schon die nächste Gefahr! Doch natürlich passiert, was passieren muß – nicht, weil das Schicksal es so will, sondern weil P. es so will. Freimütig und ohne Falsch arbeitet er sich durch alle seine Irrtümer und Enttäuschungen, Heilung scheint er dabei allerdings nicht zu finden. Vielleicht mit der Fähigkeit, jedoch ohne allen Willen zur Anpassung erleidet er nicht nur Schiffbruch in der

Veranstaltungen

deutsch-deutsches Wirtschaftswunder. Dok.-Film v. Wolfgang Ettllich; Filmvorführung u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

3.10. (So), 15.00 Uhr:
Wegschließen oder Offenlegen? Der Streit um die Stasi-Akten in der deutschen Vereinigung 1990. Vortrag mit Christian Booß; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte d. BStU in der ehem. U-Haftanstalt d. Stasi, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

3.10. (So), 16.00 Uhr:
Black Box DDR. Unerzählte Leben unterm SED-Regime. Lesung u. Gespräch mit Ines Geipel u. Andreas Petersen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

4.10. (Mo), 19.00 Uhr:
„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräche in der „Runden Ecke“. Veranstaltung d. Bürgerkomitee Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.10. (Mo), 19.00 Uhr:
20 Jahre Aufarbeitung – ein notwendiger Prozeß. Podiumsdiskussion mit Marianne Birthler, BStU, Reiner Deutschmann, MdB FDP, Dr. Jürgen Rainer Wolf, Direktor d. Sächs. Staatsarchivs; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

5.10. (Di), 17.00 Uhr:
20 Jahre Aktenöffnung. Der Weg zur Öffnung der Stasi-Akten 1990/91 und die Folgen für die Region Magdeburg. Vortrag v. Jörg Stoye, BStU, und Archivführung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg

5.10. (Di), 18.00 Uhr:
Realismus als Kreation neuer Möglichkeiten. Begegnung und Gespräch mit Tadeusz Mazowiecki; Veranstaltung d. Evangelischen Akademie zu Berlin; Ort: Französisch. Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt, 10117 Berlin

7.10. (Do), 18.00 Uhr:
Zwangsadoptionen in der DDR – eine Betroffene berichtet. Vortrag u. Diskussion mit Katrin Behr, Zeitzeugin; Veranstaltung d. Brandenburg. Landeszentrale f. pol. Bildung u.a.; Ort: Volkshochschule Potsdam, Dortusstr. 37, Raum 15

7.10. (Do), 19.00 Uhr:
Eigentor. Der FC Hansa Rostock und die Stasi. Vortrag u. Ausstellungseröffnung mit Dr. Völker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Historisches Rathaus Wolgast, Am Rathausplatz 10, 17438 Wolgast



7.10. (Do), 19.30 Uhr:

„Weggesperrt“. Jugendwerkhöfe in der DDR. Lesung u. Gespräch mit Grit Poppe, Autorin, u. Stefan Lauter, Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

8.10. (Fr), 19.00 – 02.00 Uhr:

„Winter adé“ – Filmische Vorboten der Wende. Spiel- und Dokumentarfilme aus Ostmitteleuropa vor dem Fall des Kommunismus. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kinoklub Erfurt, Hirschlachufer 1, 99084 Erfurt

9.10. (Sa), 21.00 Uhr:

„Gesicht zur Wand“. Fünf Portraits ehem. Häftlinge d. Staatssicherheit. Filmvorführung u. Gespräch mit Stefan Weinert, Regisseur; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.10. (Do), 19.00 Uhr:

Von Stasiauflösung über das Volkskammergesetz zur Gründung der BStU. Vortrag u. Diskussion mit Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen, Obotritenring 106, 19053 Schwerin

14.10. (Do), 19.00 Uhr:

Korridor des Kalten Krieges. Die Überwachung des Transitreiseverkehrs durch das MfS im Bezirk Halle. Vortrag v. Klaus Lange, ehem. BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Hochschule Anhalt FH, Fachbereich Informatik, Lohmannstr. 23, 06366 Köthen

16.10. (Sa), 10.00 – ca. 19.30 Uhr:

Mission erfüllt? 1990 – Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht. Kongreß d. UOKG u.a. (s.S.14); Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

20.10. (Mi), 18.00 Uhr:

Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft. Vortrag v. Prof. Dr. Ralph Jessen, Universität Köln; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

21.10. (Do), 19.00 Uhr:

„Die Schuld der Mitläufer“. Anpassen und Widerstehen in der DDR. Lesung u. Gespräch mit Roland Grafe, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

21.10. (Do), 19.00 Uhr:

Eingemauert. Zeitzeugenbericht v. Prof. Dr. Manfred Görlach, pol. Haft in Potsdam u. Brandenburg; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, 14467 Potsdam

Politik, sondern scheitert letztlich auch an seinen Kameraden, die wie er selbst dauerhafte Beschädigungen aus der Haft davongetragen haben. Mit ihnen teilt er einen tragischen, wohl unauflösbaren Konflikt: In einer Diktatur ist es immer eine kleine Minderheit, die Widerstand leistet. Diese Minderheit ist überhaupt nur fähig dazu, weil sie sich nicht anpassen kann oder will, eine Eigenschaft, die in finsternen Zeiten oft der einzige Garant ist für die Einforderung von Werten wie Freiheit und Menschlichkeit. Wenn die Diktatur bezwungen ist, bleibt diese Eigenschaft jedoch bestehen, es sei denn, der Widerständler wäre selbst bezwungen. Weil aber auch demokratische Gesellschaften durchaus rigide die Anpassung des Individuums verlangen, wird die ersehnte neue Zeit nun zum Quell fortgesetzter Enttäuschung, die manchmal schwerer wiegt als die einstige politische Verfolgung.

Die hier vorgelegten - immer wieder selbstkritisch hinterfragten - Innensichten eines ehemaligen politischen Häftlings sind gerade im Jahre 20 der deutschen Einheit ausgesprochen lesenswert. Nicht nur, weil sie die gegenwärtige Situation vieler ehemaliger Widerständler gegen den Kommunismus beschreiben, sondern weil sie auch interessante Denkansätze zum Prozeß der Einheit liefern, Fragen nach Alternativen nicht umgehen, auf historische Konsequenzen hin- und über sich hinaus weisen.

Friedrich Falkenhar

.....
Jürgen Schmidt-Pohl: Traum vom Finden.
 POHLIT-Verlag, Warnemünde 2010, 357 S., 22,- €; Bezug über den Internet-Verlag Dr. Jürgen Schmidt-Pohl www.pohlit-verlag.de (s. auch der *stacheldraht 3/2010*) oder Dr. Jürgen Schmidt-Pohl, Richard-Wagner-Str. 2, 18119 Warnemünde, Tel. (03 81) 36 36 120

Elektronischer Kampf

(VT) In der MfS-Handbuchreihe „Anatomie der Staatssicherheit“ der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen (BStU) ist der Band über Funkaufklärung und Funkabwehr erschienen. Autor Andreas Schmidt hat detailliert quantifiziert, wie viele Funk- und Telefonverbindungen potentiell von der Staatssicherheit abgehört werden konnten. Er beschreibt die Geschichte dieser Abteilung – der Hauptabteilung III – und ihrer Vorläufer

von den Gründungsjahren des MfS bis zu seiner Auflösung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Strukturentwicklungen der Hauptabteilung, der im September 1989 ca. 2400 Mitarbeiter angehörten, und die funktechnischen Mittel und Methoden, die jeweils zum Einsatz kamen. Die Hauptabteilung III war unter dem Leitbegriff „Elektronischer Kampf des MfS“ innerhalb der Staatssicherheit für Funkaufklärung und Funkabwehr zuständig. Zu den Aufgaben dieser Abteilung gehörte es, aus den Funk- und Fernmeldeverbindungen der Bundesrepublik und West-Berlins möglichst viele und hochwertige Gesprächsinhalte abzuschöpfen. Ziel dieser Lauschangriffe konnten Informationen der Bundesregierung, der Landeskabinette, der Parteien und Medien, der Bundeswehr, der Rüstungsindustrie, der Führungsgremien der NATO, der westdeutschen Geheimdienste und der Polizei sein. Auch auf dem Gebiet der DDR wurde die Abteilung aktiv und sollte z.B. illegale Funksendungen aufklären und deren Urheber ermitteln.

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, BStU, Berlin 2010, 248 S., 5,- € Schutzgebühr

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

27. September, Joachim Simon am
28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag
haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Hans Corbatt, Alfred u. Ingrid Czubek, Eva
Irmisch, Lotte Ohnezeit, Anita Schmidt, Rosa
Schonauer, Walter Schulze, Jürgen Kurt Wenzel

BSV Berlin

Spenden und Beitragskonto

66 72 98 400

Berliner Bank AG

BLZ 100 708 48

Absenderangabe nicht vergessen!

Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder

„Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-

Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Be-
darf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Peter Anders, Maria Behrendt, Joachim u. Irene

Bergter, Horst Beyer, Gerold v. Busse, Anne-

liese u. Ulrich Büttner, Hans Eisenfeld, Marlies

Eisenfeld (Sammlung in memoriam Bernd Ei-

senfeld), Renate Gebel, Franz Görg, Olaf Gehr-

ke, Klaus Grunert, Wolfgang Haars, Roland

Hasselberg, Gerold u. Renate Hofmann, Edgar

Hornuff, Erich Kauer, Christel Kays, Robert

Kneib, Friedrich-Paul Kossatz, Stephan Kurt,

Elisabeth Ledwon, Eva Lehmann, Gudrun Inge-

borg Lindh, Dr. Jürgen u. Dr. Ilse Miersch, Heinz

Otto, Reinhard u. Gabriele Pappai, Bodo Platt,

Eva Maria Poster, Andreas Puschendorf, Erika

Renschuch, Manfred u. Ingrid Rohde, Hartmut

u. Barbara Schlotte, Roland Schmiedicke, Sieg-

bert Schmolke, Winfried u. Doris Schön, Erika

Schulz, Ursula u. Udo Schulz, Kristin Seidel,

Oskar Stück, Edgar Wollscheid, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-

Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner

Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-

Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Konto-Nr. 66 72 98 400

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:

Mi u. Do 10-16 Uhr, Di 9-18 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbandekoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93-51

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,

Haus 14, 10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem
BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,

E-Mail: der-stacheldraht@web.de

BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,

Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66

Auflage: 10 300

Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,

Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin

E-Mail:druck@westkreuz.de, Internet:www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,

des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine

Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 04. September 2010



Da lacht der Klassenfeind

„Nach ihrer Schulentlassung nahm sie die Lehre bei der Firma „Seelenfreund“ in Magdeburg auf und schloß diesen Beruf mit gutem Erfolg ab.“

VII/821/85

In eigener Sache

Um den STACHELDRAHT auch in Zukunft herstellen und versenden zu können, müssen wir mehr Eigenmittel aufbringen.

Erneut haben sich auf unsere Bitte hin viele Leser, die ihn bisher kostenlos erhielten, entschlossen, den halben Abo-Preis von 4,50 Euro zu entrichten. Wir danken allen herzlich und hoffen auf weitere freiwillige Abonnenten.

Die Redaktion

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Treuchtlinger Kurier...

Man kann nicht alle lesen - aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, 14.30–17.00 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Bürgerberatung

der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 24. und 31. Oktober sowie am 7. und 14. November, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche.

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Das Zitat

Die Bürokraten sind die Militaristen des Papierkriegs.

C.N.Parkinson

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet 3 Euro pro Person. Treffpunkt: Eingang des Dokumentationszentrums Berliner Mauer, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

**Zu wenig zu haben, ist ein Elend.
Genug zu haben, ist ein Segen.
Zu viel zu haben, ist eine große
Gefahr. Dies gilt von allen Din-
gen, aber besonders vom Geld.**

Dschung-Tse

Genug wäre völlig ausreichend...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Wer Geld nachläuft, muß gut zu Fuß und schlecht bei Verstand sein. Ludwig F. Berthel

Genau! Damit der Verstand der Redaktion erhalten bleibt: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten. Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“. – (Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Wer Geld nachläuft, muß gut zu Fuß und schlecht bei Verstand sein

Ludwig F. Berthel

Genau! Damit der Verstand der Redaktion erhalten bleibt:

Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

